

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

106 (8.5.1931)

Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restliche-Millimeterzeile 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtbeachtung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Erlöschen o. Gerichtsstand in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Annahme 6 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zusendung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,06 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Wallstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfachkonto 2650. Druck: Hauptstraße 9, D.-Baden, Taubhausstraße 17. Rabat, Rosenstraße 2. Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 106

Karlsruhe, Freitag, den 8. Mai 1931

51. Jahrgang

Frankreich gegen Zollunion

Eine erregte Kammerdebatte

Paris, 7. Mai. Die französische Kammerdebatte über die deutsch-österreichische Zollunion wurde am Donnerstag nachmittags eingeleitet. Das Haus war ziemlich schwach besetzt. Die Regierung war u. a. durch Laval, Briand und Marineminister Dumont vertreten. Der radikale Abgeordnete Regard erklärte, daß das zwischen Deutschland und Österreich beschlossene Zollbündnis das Vorbild zu einem ersten politischen Ereignis sei, das mit seinen Folgen dem Frieden nicht günstig sein könne. Das Abkommen sei nicht, wie Deutschland und Österreich behaupten, zu dem Zweck abgeschlossen worden, die wirtschaftliche Notlage Österreichs zu lindern. Das Abkommen solle zwar allen anderen Staaten zum Beitritt offen stehen, aber Deutschland werde sich sicherlich nicht damit einverstanden erklären, daß sich die Kararstaaten Osteuropas anschließen. Es sei auch unmöglich, daß Frankreich dem Abkommen beitrete, wenn es nicht den Ruin mehrerer seiner Industrien auf sich nehmen wolle. Das Zollbündnis zwischen Deutschland und Österreich könne nicht als Einleitung zu einer Europa-Union angesehen werden. Es laufe vielmehr auf Bildung eines protektionistischen Staatsbündnisses hinaus, der anderen protektionistischen Staatsbündnisse entgegengestellt werden soll. Das Europa-Problem könne nur durch eine gemeinsame Aktion möglichst aller Staaten gelöst werden.

Der nächste Interpellant, der linksrepublikanische Bougère erklärte aus, daß das deutsch-österreichische Abkommen zugleich eine Verletzung des Friedensvertrages und des Völkervertrages darstelle. Soffentlich werde Briand mit einem energischen Einspruch die Rückgängigmachung des Abkommens verlangen. Die Annäherung der Völker dürfe nicht durch derartige gefährliche Initiativen, wie sie die Zollunion darstelle, verhindert werden.

Nach einer Signumpause ergriff der radikale Abg. Margaine das Wort. Er bezeichnete das Zollabkommen zwischen Deutschland und Österreich als ein politisches Abkommen, das den Verträgen nicht entspreche.

Nach ihm erklärte der der Republikanisch-Demokratischen Vereinigung (Gruppe Morin) angehörige Abg. Vbaranens u. a., das Abkommen habe die schlimmsten Zeiten kaiserlich-deutscher Annekstionspolitik in die Erinnerung gerufen. Es sei die erste Herausforderung der Sieger durch die Besiegten. Auch sei es erstaunlich, daß die französischen Botschafter in Berlin und in Wien ihre Regierung nicht unterrichtet hätten. Deutschland träume wie vor dem Kriege wieder von einem Mitteleuropa, das die Unterwerfung ganz Europas unter die germanische Macht bedeuten würde. In Frankreich sei das Abkommen allgemein gemißbilligt worden, außer von den Sozialisten, die zweifellos ihre Gründe für diese Haltung nach darlegen würden. Frankreich wünsche, daß der Frieden respektiert werde (Briand sechelt: „Er wird respektiert, sagen Sie mir, wann das nicht der Fall gewesen ist!“) Deutschland fordere für jedes ihm gemachte Zugeständnis ein neues. Gektern habe es noch das Saargebiet und Malmédy gefordert, und heute verlange es den Anschluß. Morgen werde es Danzig und die Revision des Youngplans verlangen. Man müsse gegenüber Deutschland eine entschiedene Politik einschlagen in enger Einigkeit mit den Freunden Frankreichs in Osteuropa. Die Sicherheit Frankreichs verlange, daß es keine weiteren Zugeständnisse mache.

Außenminister Briand, der darauf in die Debatte eintritt, erklärte, der englische Außenminister Henderson habe in Paris verlangt, daß die ganze Angelegenheit vor den Völkern gebracht werden solle. In dieser Forderung sehe er weder eine unfreundliche Geste noch den Wunsch Englands, mit Frankreich zu brechen. Italien habe den Zusammentritt des 1922 eingeleiteten Finanzkontrollausschusses verlangt. In allen diesen Fragen herrsche völlige Einigkeit und man müsse festhalten, daß die übrigen Völkern um Frankreich einen engen Kreis der Solidarität geschlossen hätten. Man werde erkennen, daß Frankreich keineswegs isoliert dasteh

Das bescheidene Gutachtenergebnis

Wieder soweit wie zuvor

In Ergänzung bereits gemachter Mitteilungen über das Ergebnis der Braunskommission zur Arbeitslosenfrage schreibt uns der Sozialdemokratische Pressedienst:

Eine größere Enttäuschung als dieses Gutachten ist nicht zu denken. Auch die Trostworte, die Dr. Brauns bei der Erläuterung des neuen Gutachtens sprach, ändern nichts an der niederschmetternden Tatsache, daß mit der Einsetzung der Gutachterkommission große Hoffnungen erweckt wurden, die nunmehr von einer neuen Enttäuschung abgelöst werden. Die Gewerkschaften hatten rechtzeitig gewarnt, Sie haben leider recht behalten.

Was bringt das neue Gutachten? Die Antwort ist mit zwei Sätzen gegeben: Empfehlung von Arbeitsbeschaffung und Ausbau der Hofflandsarbeiten. Die Arbeitsbeschaffung soll durch Heranziehung von Auslandskapital finanziert werden — vorausgesetzt, daß es zu erträglichem Zinsfuß zu erhalten sei. Ähnliche Wege seien auch in früheren Jahren vor der Verschärfung der Krise beschritten worden. Der grundlegende Unterschied ausanthen der gegenwärtigen Lage beruhe auf folgenden Gesichtspunkten: Einmal würden die aus den Anleihen und ausstehenden Devisen voraussichtlich nicht wie früher sofort zur Bezahlung einer steigenden Einfuhr, sondern bei Fortdauer der zur Zeit günstigen Zahlungsbilanz in erheblichem Maße zur Abdeckung kurzfristiger Auslandsschulden dienen können, deren gegenwärtige Höhe lähmend auf die deutsche Wirtschaft, insbesondere auf die deutsche Bankpolitik, wirke. Das hindere natürlich nicht, daß bei fortschreitender Konjunktur auch der internationale Warenaustausch eine entsprechende Steigerung erfahre. Ferner solle heute günstig ins Gewicht der planmäßig eingeleitete Abbau der überhöhten Produktionskosten und der Tiefstand der Devisen, der einer Belebung der Wirtschaft bessere Aussichten biete, als sie in den vorhergehenden Jahren bestanden hätten. Die organisatorische Voraussetzung dieser Finanzierung seien in ihren Einzelheiten auszuarbeitende Pläne für die Durchführung von Arbeiten, die wirtschaftlich werkschaffend seien und beim Kreditgeber das nötige Vertrauen erwecken. Weitere Voraussetzungen für die Finanzierung und Durchführung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung seien: geordnete öffentliche Finanzen, Sparsamkeit in der öffentlichen und privaten Wirtschaft und in der Lebenshaltung, Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Verubigung unserer innerpolitischen Verhältnisse.

Als förderungswürdige Arbeitsgebiete werden von dem Gutachten genannt: Energiewirtschaft, Verkehrswesen, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung und in beschränktem Umfang Wohnungswirtschaft. Die Elektrizitätswirtschaft biete u. a. durchaus Raum für weitere wirtschaftlich zweckmäßige Investitionen, ebenso seien auf dem Gebiete der Gaswirtschaft große Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden, da hier die Anlagen zum Teil veraltet seien, bei der Reichsbahn böten sich innerhalb des bestehenden Rahmens auch neben der Elektrifizierung zahlreiche andere Möglichkeiten wirtschaftlich zweckvoller Arbeitsbeschaffung. Bei der Reichspost gebe es eine Reihe von wirtschaftlich wertvollen Arbeiten zum Ausbau der Verkehrsleistungen, förderungswürdig sei vor allem die Verbesserung des alten Strohnetzes usw. usw.

Die Kommission hat die Frage gerührt, wie die Mittel zur Förderung von Hofflandsarbeiten verflücht werden können. Die Kommission billigt den Plan der Reichsbürgerschaft über die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG, verwirklicht werden können, so sei dies auf die bedauerliche Störung des deutschen Auslandskredits infolge der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland zurückzuführen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es als ein Erfolg anzuerkennen, daß die Gesellschaft seit ihrer Gründung ein zusätzliches Programm für Hofflandsarbeiten in Höhe von 70 Millionen Mark in Gang gebracht habe. Davon seien rund 58 Millionen bereits für bestimmte Projekte, in der Hauptsache werbende Anlagen, bewilligt. Im ganzen sei dadurch einschließlich der Darlehen der Länder und der Zuschüsse der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der eigenen Aufwendungen der Träger ein Kapital von mehr als 250 Millionen für die werkschaffende Arbeitslofenfürsorge innerhalb von 9 Monaten in Fluß gebracht worden.

Den Schluß des Gutachtens bildet eine Empfehlung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der sich in zwei Formen verwirklichen lasse: einmal Arbeitsleistung am Unterflüßungsort oder in dessen Nähe unter Fortbezug der Unterstützung und zweitens Aufnahme von zusätzlichen Außenarbeiten auf dem Land durch junge Arbeitslose unter Loslösung vom bisherigen Arbeitsort, wobei sich gesinnungsgemäß verbundene kleine Gruppen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschließen könnten. Eine Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes aus öffentlichen Mitteln sei dann ausgeschlossen, wenn die Gefahr bestehe, daß die Zusammenfassung solcher Arbeitsgruppen für politische oder gar staatsfeindliche Propaganda mißbraucht werden. Eine Fortschreibung der Arbeitslofenunterstützung für die zweite Form des Arbeitsdienstes könne wahrscheinlich nicht in Betracht kommen. Wohl aber werde geprüft werden müssen, ob die Verpflichtung des gemeinnütigen Trägers für Unterhalt usw. zu sorgen, nicht durch Zuschüsse aus etwaigen Ersparnissen der Reichsanstalt, der Arbeitslofenfürsorge und der öffentlichen Fürsorge erleichtert werden könne.

Das ist alles. Es ist wenig anzu. Nachdem also der Versuch der Regierung, im Bunde mit den Arbeitgebern die Wirtschaft von innen heraus — wie das schöne Schlagwort lautet — d. h. durch

Schwere Hochwasserkatastrophen

Die Hochwasserkatastrophe die gestern über Süddeutschland hereingebrochen ist, ist eine der größten die seit langer Zeit vorgekommen ist. Nach den bisher eingegangenen Berichten läßt sich folgendes Bild von der Lage im Uberschwemmungsgebiet gewinnen: In Baden sind besonders heimgegrüht Bruchsal, das Dostal, Karlsruhe, Durlach und Pforzheim, ferner die Gegenden von Bretten, Maulbronn und Dietlingen. In Württemberg wird Hochwasser aus Eßlingen, Zell bei Eßlingen, Ebersbach und Kirchheim gemeldet. Schwer betroffen sind ferner große Teile von Unterfranken, besonders die Ortshäfen Hundsbach, Romland, Harrbach, Dettelbach, Castell, Gelschheim, Bödingheim und Stadtprozelten. Schwere Hochwassererwürgungen werden schließlich aus dem Taunus gemeldet, wo die Stadt Homberg v. d. H. aufs schwerste betroffen worden ist. Aus allen Meldungen geht hervor, daß die Bach- und Flußbetten die ungeheuren Wassermengen, die im Gefolge von Gewittern niederbegegangen waren, nicht hatten fallen können. Die Gewalt der Fluten riß Dämme ein und drang über die Straßen hinweg in die Häuser. Aus einigen Ortshäfen wird gemeldet, daß der Wasserstand auf den Straßen Manneßhöhe erreicht habe. Die Wassermengen bilden in einzelnen überschwemmten Gegenden eine riesige Seenfläche.

Württemberg

Stuttgart, 7. Mai. Im Anschluß an Nachtwetter gab es heute früh und während des Tages außerordentlich harte Niederschläge. Aus verschiedenen Gegenden des Landes wird Hochwasser gemeldet, so aus Zell bei Eßlingen, wo die Gleise streckenweise durch den Redar unter Wasser gesetzt sind und Dristelle überschwemmt wurden. Auch die Rils führt Hochwasser. Die Schwäbischen Textilwerke und andere an der Rils liegende Betriebe in Ebersbach mußten schließen, ebenso mußte der Schulunterricht abgebrochen werden. Aus Kirchheim unterm Tied wird berichtet, daß die Lauffer große Verbererungen angerichtet hat. Groß- und Kleinröhren konnte vielfach nicht mehr gerettet werden. In mehreren Orten des Kirchheimer Oberamtes mußte die Feuerwehr zur Hilfeleistung ausrücken. Der Straßenverkehr ist teilweise unterbrochen.

Sozialdemokratische Gemeindegemeinschaften in Schaumburg-Lippe

Bückeburg, 7. Mai. (Ein. Draht.) Das Ergebnis der Gemeindegemeinschaften in Schaumburg-Lippe liegt erst jetzt endgültig vor. Danach hat die Sozialdemokratie im Landkreis Bückeburg in 12 Gemeinden die absolute Mehrheit. In 3 Gemeinden besitzen Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit. In den übrigen 11 Gemeinden sind knappe bürgerliche Mehrheiten vorhanden. Im Landkreis Eintracht errangen die Sozialdemokraten in sieben Gemeinden die Mehrheit, in weiteren 7 Gemeinden konnten die bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit knapp behaupten.

Im Speßart 3 Menschen umgekommen

Alschaffenburg, 7. Mai. Heute Nacht zwischen vier und fünf Uhr ging über Hösbach ein schwerer Vollenbruch nieder, der im Nu Dorf und Umgebung unter Wasser setzte. Auf der abschüssigen Schilkrüppener Straße wurde eine Gesellschaft von jungen Leuten von den Fluten fortgerissen. Von ihnen werden ein elfähriges Mädchen, ein neunähriger Junge und ein 20 Jahre alter junger Mann namens Böller vermißt. Die drei haben den Tod in den Fluten gefunden. Die Gegenung die Ortshäfen Döblich und Hösbach bildet einen einsamen See.

Hierzu wird ergänzend gemeldet: Heute nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr entlud sich über dem nahe bei Alschaffenburg gelegenen 3000 Einwohner zählenden Hösbach ein ungewöhnlich harter Vollenbruch. Ungeheure Wassermassen gingen von den Spelartbergen zu Tal. Auf einer etwa 200 Meter von dem Zentrum der Ortshäfen gelegenen 3 Meter breiten Sandsteinbrücke fanden um 4 1/2 Uhr sieben Leute um die herankommenden Wassermengen zu beobachten. Unter dem ungeheuren Druck fürzte plötzlich die Brücke ein und bezug die sieben Menschen. Einige davon, zum größten Teil junge Leute, konnten sich retten, während der neun Jahre alte Helmuth Böller, die zehn Jahre alte Frieda Reisinger und der 20 Jahre alte Landwirt Anton Stab ertranken. Der 60 Jahre alte Konrad Kaufs, der ebenfalls von den Fluten weggerissen wurde, blieb an einer Pappel hängen, wurde aber schwer verletzt und starb abends um 8 Uhr. Die Leiche des jungen Böller konnte sofort geborgen werden, während die Leichen der anderen Verunglückten, erst abends 20 Uhr von der Feuerwehr geborgen werden konnten.

Gewitterstürme über Ungarn

Budapest, 7. Mai. Wie aus Kaposvár gemeldet wird, ging gestern über dem Komitat Somogy ein schweres Gewitter nieder, das zwei Todesopfer forderte. In einer Domäne küßelten etwa zwanzig Feldarbeiter in eine Scheune, die infolge des heftigen Sturmes einfiel. Ein Arbeiter wurde dabei getötet, sechs erlitten schwere Verletzungen. In einer anderen Gemeinde schlug der Blitz in einen Neubau ein, in den sich drei Arbeiter geflüchtet hatten. Einer wurde getötet, die zwei anderen schwer verletzt. In der Stadt Kaposvár selbst hat der Sturm die Telefon- und elektrischen Lichtleitungen zerstört und den Turm des städtischen Theaters umgeworfen.

Nationalsozialisten unter sich

Wuppertal, 7. Mai. Die Wuppertaler Nationalsozialisten, Richtung Stennes, veranstalteten gestern in Elberfeld und Barmen öffentliche Versammlungen, zu denen zahlreiche Kommunisten und Anhänger der Hitler-Richtung erschienen waren, wobei es mehrfach zu Reibereien kam. In der Elberfelder Versammlung kam es zu einer allgemeinen Schlägerei, die sich auch fortsetzte, als die Polizei einschritt. Zahlreiche Personen wurden verletzt, nach Feststellung ihrer Personalien aber wieder freigelassen.

Goebbels und Hitler

Wie es im Hitlerlager aussieht

In der neuesten Nummer der Halbmonatsschrift des aus der Berliner SA. hinauskommunizierten Hauptmanns a. D. Stennes wird u. a. geschildert, wie der einstige Hüter des Herrn Goebbels, der frühere Notendirektor in der Gauverwaltung der Berliner Nazi, Eduard Weiß, seinen Vorgesetzten wegen seines plötzlichen Hin- auswurfs zur Rede stellte:

„Als Eduard Weiß am 7. April, kurz nach der Stennesrevolte, zur gewohnten Stunde seinen Dienst antreten wollte, wurde er unten in der Hedemannstraße von den SA-Leuten des Sturmes 5 unter wüsten Beschimpfungen zurückgewiesen. Es war der gleiche Sturm, der unter Leitung des Sturmführers Appel die gesamten Tische und Bänke — auch auf der Redaktion des Anariff — zerstört hatte und sich schreckliche Wertgegenstände angeeignet, auf deutsch also gestohlen hatte.“

Weiß erkundigte sich telefonisch bei dem Stellvertreter Dr. Goebbels, bei Herrn Dr. Mainshausen nach dem Grunde solchen Verhaltens. Er erhielt den Bescheid, daß er beurlaubt sei bis zur Klärung des gegen die „Rebellen“ eingeleiteten Verfahrens. Am 10. April versuchte Weiß dann Dr. Goebbels telefonisch zu erreichen, was ihm auch gelang. Der Doktor erklärte sich bereit, Weiß zu empfangen und nun erregte sich das Bescheidene, zugleich aber auch das diese ganze Bewegung Charakterisierende: Ede Weiß, der in hundert Schlachten Erprobte, wurde von einer Kohorte von 20 SA-Leuten die vier Treppen bis zu dem Büro des Dr. Goebbels eskortiert. Einer der Verbildeten, mutigsten und unerschrockensten SA-Proleten wurde behandelt wie ein Schwerverbrecher. Das merkt euch, ihr Kameraden von der SA., die ihr heute noch Kopanz spielen müßt für die Spitze in der SS! Im Vorzimmer wurde ihm zugemutet, sich auf Waffen durchsuchen zu lassen. Weiß, der unter allen Umständen mit Dr. Goebbels sprechen wollte, ließ sich

diesen Anflug der mutigen Zwanzig lachend gefallen. Dann endlich ging es in das Zimmer von Dr. Goebbels. Aber auch hier begleiteten zehn Mann der SS. den ehemaligen Kameraden. Erst als Weiß energisch die Entfernung dieser Spießgarde forderte, befahl es Dr. Goebbels:

„Die erste Frage an Weiß von Seiten des Doktor Goebbels war: „Wollen Sie mich niederschlagen?“ Weiß: „Nein, aber ich will von Ihnen Klarheit haben über alles, was geschah und geschieht!“ — Goebbels: „Ede, du warst stets der Beste und der Treueste.“

Und nun ließ Goebbels wieder seine ganze Beredsamkeit spielen, versicherte ihm, daß er wohl wisse, daß alle die Ausgeschlossenen die Besten wären und daß er blutenden Herzens diese alte Garde habe ausschließen müssen. Weiß bedeutete dem wieder in Erstase Geratenen, daß er einen Kameraden kenne, der seit drei Tagen mit seinen Nerven zusammengebrochen sei. Er schilderte ferner die Seequalen der SA-Leute, die ihm in unbedingter Treue und schrankenlosen Glauben nahegestanden hätten. Und nun brüllte Goebbels auf:

„Glaubst Du denn, daß ich nicht auch so denke wie ihr alle? Glaubst Du denn, daß ich in diese Spießpartei und in diese wolle gefessenen Stahlhelmsoldaten noch irgend eine Hoffnung setze? Ich bin der Alte geblieben, aber ich habe bei Hitler niemals Unterstützung finden können. Wenn alle die Ausgeschlossenen zurückkommen wollen, ich werde ihnen die Wege ebnen. Sie sollen hier nicht untergehen.“

Goebbels, das sich bisher gebietet, die ihm in den Mund gelegten Meinungen auch nur irgendwie zu bestritten, Ansehens der Aufkündigung des Stennes-Organs, das „auch die anderen“ aus der NSDAP. hinausgeworfenen Rebellen noch sprechen werden, ist es zu verstehen, daß der sonst so vorlaute Goebbels plötzlich schweigt.

Lohn- und Preisabbau zu sanieren, Frasco gemacht hat, kommt man wieder zur Arbeitsbeschaffung zurück. Als die Gewerkschaften feinerzeit darauf hinwiesen, daß die Abdrückung des fremden Kredits sich verhängnisvoll auswirken müsse, wurden ihre Warnungen, in den Wind geschlagen. Dann kamen die Hitlerwahlen, und die Hoffnungen, mit fremdem Geld etwas zur Ankerbelung der deutschen Wirtschaft tun zu können, wurden begraben. Dann kam der Lohnabbau, und heute steht man also allduldsch wieder, wo man bereits vor mehr als Jahresfrist stand. Und um das nun festzustellen, hat man eine besondere Kommission eingesetzt. Tragödie!

Dem hungernden Volke zuliebe waren und sind die Organisationen stets zu schwersten Opfern bereit. Sie haben den Lohnabbau hingenommen, nachdem die Regierung zur Sanierung Vorschläge der Gewerkschaften zurückgewiesen hatte und andere annehmlichere Sanierungswege beschritten. Die Gewerkschaften waren sich darüber im Klaren, daß neue Krisen durch schwere Arbeitskämpfe dem kranken Arbeitsmarkt leicht den Rest geben könnten. Sie wollten, daß die Regierung so rasch wie möglich erkenne, daß ihre angeblich bessere Sanierungspolitik eine Einseitigkeit und Halbheit darstellt und schlimmer ist als ein ganzer Irrtum. Die Probezeit ist jetzt abgelaufen, die Zeit der Experimente ist vorüber, auch die Regierung weiß, daß nicht mehr viel Zeit zu verlieren ist. Die Brauns-Kommission sollte deshalb einen Sturmangriff gegen die Arbeitslosigkeit vorbereiten. Diese Vorbereitung — das muß offen ausgesprochen werden — kann die Gewerkschaften unmöglich herbeiziehen. Schon der erste Teil des Gutachtens der Brauns-Kommission war eine Enttäuschung. Nicht, als ob die Kommission in der Arbeitszeitfrage einen ganz falschen Weg vorgeschlagen hätte — nein: Sie hat das Richtige erkannt, aber sie blieb in Halbheiten stehen. Das Arbeitszeitverlängerungsprogramm lautet: Wäch mit den Pels und mach ihn nicht naß! Der zweite Teil Gutachten ist wieder eine Enttäuschung. Nicht als ob die Brauns-Kommission einen falschen Weg eingeschlagen hätte: Nein. Ihr Vorschlag, durch produktive Arbeitsbeschaffung eine Ankerbelung der Wirtschaft zu versuchen, ist ja ein Vorschlag, der längst für den Gewerkschaften gemacht wurde ist. Aber eben deswegen kann man bei den Gewerkschaften den zweiten Teil Gutachten nur mit einem Gefühl der Bitterkeit hinnehmen. Denn: Wozu das nun alles? Produktive Arbeitsbeschaffung zur Ankerbelung der Wirtschaft mit Hilfe von Auslandsgeld. Ja, zum Teufel, so klug war man doch schon vor Jahr und Tag.

Wird man nun beim Dritten-Teil-Gutachten, das zur Zeit in Vorbereitung ist, eine dritte Enttäuschung erleben müssen. Wir fürchten: Ja. Schon die ganze Art, wie die Gutachterkommission bei ihrer Aussprache mit den Gewerkschaften über die geplante Kürzung der Unterstützung umgegrungen ist, läßt nichts Gutes ahnen. Geladen waren zur Besprechung alle Gewerkschaftsvertreter. Die Besprechung dauerte knapp zwei Stunden. Der Hinweis der Vertreter der Freien Gewerkschaften, daß man unmöglich die Unterstützungsfrage ohne jeden Zusammenhang mit den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Problemen, die im zweiten Gutachten behandelt wurden, erörtern könne, wurde von der Kommission nicht beachtet. Die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsbeschaffung konnten also nicht einmal gestreift werden, weil die Zeit zu kurz war. Jetzt hinterher lassen die maßgebenden Stellen durchblicken, daß ja nicht diese einzige Besprechung ins Auge gefaßt sei.

Wir müssen gesehen, daß uns das alles wenig erfreulich erscheint. Nach den bisherigen Leistungen der Brauns-Kommission zu schließen, hätte für eine rechtzeitige Fühlungnahme mit den Gewerkschaften wahrhaft nichts geschadet.

Daß die Gewerkschaften aus der Besprechung mit der Brauns-Kommission sehr unzufrieden weggegangen sind, braucht man nicht noch besonders zu betonen. Allen Anschein nach ist man aber in der Kommission selbst von dem Ablauf der Arbeiten sehr wenig befriedigt. Es knistert im Gefüge der Kommission. Ihre Mitglieder zusammensubstanzieren, muß ein schweres Stück Arbeit sein!

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Nur geringe Besserung

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland vom 16. bis 30. April 1931 wird berichtet:

In der zweiten Hälfte des April hat die bei den südwestdeutschen Arbeitsämtern registrierte Arbeitsuchendenzahl um rund 23 000 Personen auf 262 000 weiter abgenommen. Aber wie schon in der ersten Monatshälfte hatten wieder der Bezirk Mannheim, der von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffen ist, gar keinen und die beiden andern Großstädte Karlsruhe und Stuttgart nur einen verhältnismäßig sehr geringen Anteil an dieser Entspannung. Den zu Beginn des April in diesen drei Bezirken vorhandenen 98 000 Arbeitsuchenden standen am Schluß des Monats immer noch 92 000 gegenüber, während in ganz Südwestdeutschland die Abnahme in derselben Zeit 40 000 betrug. Auch die Bezirke Heilbronn und Pforzheim haben mit der Gesamtentwicklung bei weitem nicht Schritt gehalten. Einerseits ist die saisonmäßige Entspannung wegen des daniederliegenden Baumarktes in den Städten in diesem Jahr besonders gering, andererseits hat sich auch in der konjunkturbedingten Industrie noch keine Besserung durchgesetzt. Die Betrachtung der Arbeitsmarktbewegung in den einzelnen Berufsgruppen bestätigt diese Wahrnehmung.

Die finanzielle Belastung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat in der Berichtszeit in Südwestdeutschland eine Abnahme um 17 900 Hauptunterstützungsmaländer erfahren; in der Krisenfürsorge aber hat sich die Unterstützungenzahl wieder um 900 Personen erhöht. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 30. April 1931 nach der Statistik der Arbeitsämter folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 111 618 Personen (86 650 Männer, 24 968 Frauen), in der Krisenunterstützung 40 513 Personen (35 862 Männer, 4681 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 17 026 Personen oder um 10,1 vom Hundert von 169 157 Personen (135 894 Männer, 33 263 Frauen) auf 152 131 Personen (122 482 Männer, 29 649 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 63 019 gegen 72 354 und auf Baden 89 112 gegen 96 803 am 30. April 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesoberamts Südwestdeutschland kamen am 30. April 1931 auf 1000 Einwohner 30,2 Hauptunterstützungsempfänger gegen 18,2 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Neue Hysterie

Der überall neu einsetzende Schwund bei den Nationalsozialisten scheint es erforderlich zu machen, daß ein neuer Heißhluß von hinten her. So kann man sich erklären, daß der nationalsozialistische Führer wieder einmal mit einer „SPD.-Dienstwohnung für 235 000 Reichsmark“ nach auf Dumme macht. Ob jedoch die alte Leiter auch recht noch nicht? Die braunen Falsche und die August-Himmeln der Nazibonzen haben zwischenzeitlich weite Kreise davon überzeugt, wie es mit den großen Wäldern der Parteienerneuerung aussieht; abgesehen davon, daß allgemein auch weite Kreise den Schwund erkennen, den die Nationalsozialisten immer wieder mit angeblichen Verschwendungssünden der Sozialdemokraten zur Sache gegen die Arbeiterklasse zusammenbrauen. Nur ganz Dumme werden daher auf den Schwund hereinfallen.

1 1/2 Milliarden Reichsdefizit

Die Reichseinnahmen und -ausgaben weisen Ende März insgesamt einen Fehlbetrag von 1249,6 Millionen gegen 1 095,9 Millionen Ende Februar 1931 auf.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand Donnerstag eine längere Besprechung statt, die sich mit den erforderlichen Einparierungen am Etat beschäftigte. Außer dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister nahmen auch die Staatssekretäre und die zuständigen Abteilungsleiter der beiden Ministerien an der Konferenz teil. Die Besprechungen werden noch weitergeführt.

Das Kabinett wird am Samstag zusammenzutreten, sich aber nur mit der Vorbereitung der Genfer Verhandlungen befassen. Die Genfer Tagung beginnt am Freitag, den 15. Mai.

Zwei Milliarden minus

Nach Feststellung des Reichsanhaltenspräsidenten Zuther haben die Reichsämter am 14. September das deutsche Volkseinkommen um 2 Milliarden geschätzt.



„Trampeln Sie, Herr Nazi, nur weiter auf dem deutschen Volkseinkommen herum, da werden Sie schon zum Ziel kommen!“

Diskonterfenkung in Amerika

Die Bundesreservebank von Boston hat ihren Diskont von 2 1/2 auf 2 die Bundesreservebank von Philadelphia von 3 1/2 auf 3 Prozent herabgesetzt. Man darf danach erwarten, daß die Diskontsenkung auch für die Bundesreservebank in New York bald fällig werden wird. Damit wäre ein neuer Anlaß für die Deutsche Reichsbank gegeben, die Diskontsenkung auch in Deutschland herabzusetzen.

Glosse zur französischen Kolonialausstellung

Kolonialpolitik in Theorie und Praxis

Der sozialistische Populaire und die kommunistische Humanité veröffentlichen ein Telegramm aus Saigon (Indochina) in dem mitgeteilt wird, daß am 1. Mai Demonstrationen gegen Eingeborenen an verschiedenen Orten Annans mit Gewerkschaften empfangen worden sind. Durch sie seien mehrere Hundert Eingeborene getötet worden. Die Truppen hätten dagegen nicht die geringsten Verluste zu beklagen gehabt. Das Telegramm protestiert gegen das Vorgehen der Behörden und verlangt die sofortige Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungskommission.

Diese Nachricht stellt Leon Blum im Populaire den bei der Kolonialausstellung gehaltenen Reden gegenüber, in denen betont wurde, daß Frankreich durch seine koloniale Tätigkeit die Zivilisation am sich verbreitet habe. Der Sozialistenführer erklärt, daß zwar an dieser Behauptung etwas Wahres sei, daß aber der Paragraf Kolonialpolitik auf dem von den Sozialisten verurteilten Prinzip der Ungleichheit der Rassen beruhe. Leon Blum verlangt daher weniger Beste und Reden als menschliche Gerechtigkeit gegenüber der kolonialen Bevölkerung.

Vor Unterzeichnung des preussischen Kirchenvertrags

Am Montag, 11. Mai, erfolgt im Sitzungssaal des preussischen Staatsministeriums zu Berlin die feierliche Unterzeichnung des zwischen dem preussischen Staat und den acht evangelischen Landeskirchen abgeschlossenen Kirchenvertrags.

Zusammengeschmuppfe „Sturmabteilungen“

Allerorts Naziplette

Die „Reinische Zeitung“ in Köln berichtet, daß das gesamte nationalsozialistische Sturmabteilung in Köln, wenn es hoch kommt, heute gerade noch 100 bis 120 Leute auf die Beine zu bringen vermag. Vom Sturm 23 seien in den letzten Tagen ein Dutzend SA-Leute zur NSDAP übergetreten. Das gleiche Bild sei bei den Stürmen Nr. 13, 32 und 37 zu verzeichnen.

Hitler verzichtet

Die Hoff. Zeitung meldet: Nachdem auch bei seinen Freunden, nicht nur bei der „Berliner Opposition“, Adolf Hitlers Feindschaft und das größtmögliche sinnlose Palastregime im „Braunen Hause“, der marmorbesetzten „Arbeiter“-Zentrale, über bemerkt worden sind, hat Hitler nun die Verhandlungen über den Kauf eines weiteren „Arbeiterhauses“ an Münchens alter Brunnenstraße, des dem Braunen Haus in der Briener Straße benachbarten Gräßl. Dreifamilienhauses, abgebrochen, obwohl es für die nationalsozialistische Verwaltungsumgestaltung zum größten Teil bereits geräumt worden ist. Offensichtlich war der von allen Seiten einsetzende Druck gegen die Volkswirtschaft so hart, zumal auch das Geld knapp wurde, daß Hitler vorläufig verzichtete mußte.

Nazimörder auf Urlaub

Der Vorwärts meldet: Die Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin hatte gestern gegen den Widerpruch des Untersuchungsrichters Landgerichtsrat Beckmann die Haftentlassung des Sankt-Kreuzmörders Kollak verfügt. Kollak befindet sich in Freiheit, er ist lediglich verpflichtet, sich täglich bei der Polizei zu melden. Unmittelbar nach der Haftentlassung besuchte Kollak, mit einer blauen Brille versehen, am Abend das nationalsozialistische Verkehrslokal in der Chobowitschstraße, wo er von seinen Parteigenossen förmlich begrüßt wurde. Kollak ist einer der W ird er des Parteigenossen Willi Sankel und Herbert Graf, die in der letzten SS-Einstellung in der Sankelstraße von drei Nationalsozialisten getötet wurden.

Nazisturmführer als Krawallorganisator

Berlin, 7. Mai. (SPD.). Die Berliner Polizei hat dieser Tage einen Georg Kieczewski als den Organisator der Krawalle in der Leipziger Straße anlässlich der Eröffnung des Reichstages am 13. Oktober festgestellt und verhaftet. Der Meldung über die Verhaftung wurde hinzugefügt, daß Kieczewski Mitglied der NSDAP, sei. Sofort bestritt die Reichsleitung der NSDAP, daß der Verhaftete eingetragenes Mitglied sei. Es gebe innerhalb der nationalsozialistischen Partei nicht einmal ein Mitglied mit einem ähnlich klingenden Namen. Diese Behauptung wird heute in dem Organ des aus der NSDAP. hinausgeworfenen Hauptmanns a. D. Stennes als das charakterisiert, was sie ist: Eine unverfälschte Lüge. Kieczewski sei nicht nur in den Jahren 1926/27 unentgeltlich für die NSDAP. tätig gewesen und habe später nicht nur gegen Gehalt als Gaunangehelfer gearbeitet, sondern habe zuletzt auch als Sturmführer des Sturmes 15 gewirkt. Er sei dann aus der SA. ausgeschlossen. Aber bis heute noch Mitglied der NSDAP.

Remarques richtige Kriegsschilderung

Ein richtiges Wort — allerdings hinter verschlossenen Türen

Der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Knittel machte in thüringischen Landtag die sensationelle Mitteilung, daß der nationalsozialistische Abgeordnete und frühere Staatsrat Marschler in einer interfraktionellen Sitzung der Regierungsparteien in Bezug auf das Buch Remarques „Im Westen nichts Neues“ gesagt habe: „Das ist das einzige Buch, das den Krieg richtig schildert. Ich habe das Buch in einem Atemzug durchgelesen.“ Als von dem Abg. Büchelmann (Landbund) Widerpruch erfolgt sei, habe Marschler erklärt: „Sie sind als Offizier im Felde gewesen, aber als gewöhnlicher Soldat.“

Kommunistenratel im württembergischen Landtag

Im württembergischen Landtag wurde der kommunistische Abgeordnete durch drei Volksbevollmächtigte mit Gewalt aus dem Saale entfernt, weil er sich weigerte, nach Erhalt mehrerer Ordnungsgebote den Saal zu verlassen.

Dem unbekanntem Funktionär!

Das neue Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In diesen Tagen erscheint das Jahrbuch 1930 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, herausgegeben vom Parteivorstand. Zum fünftenmal berichtet in dieser Form die politische Massenorganisation der deutschen Arbeiterklasse vor aller Öffentlichkeit über den Stand der Bewegung, über ihre finanziellen Verhältnisse, über die Entwicklung ihrer Einrichtungen, über ihre Teilnahme am öffentlichen Leben, über ihre Mitwirkung bei der Gestaltung des proletarischen Einzeldaseins. Das Jahrbuch gehört gewiß nicht zu den Schriften, die der Unterhaltung und der Kurzweil gewidmet sind, und auf den ersten Blick möchten die in ihm enthaltenen Berichte und Tabellen einen trockenen und sachlichen Eindruck erwecken. Aber lies dich in das Buch hinein und bald wird sich auch dir diese scheinbare Sachlichkeit in einen Hymnus von fortwährender Gewalt wandeln. Es ist das Hohelied auf den unbekanntem Funktionär, das aus diesem Jahrbuch erklingt. Es ist die Anerkennung der Arbeit von Hunderttausenden Frauen und Männern, die hier Gestalt wird. Jener Arbeit, die von namenlosen, stets opferbereiten und nie ermüdenden Massen geleistet wird, niemals für die eigene Person, immer für das Ganze, für die Gemeinschaft. Was die Sozialdemokratische Partei wurde, was sie heute ist, das verdankt sie dem unbekanntem Funktionär.

dem zweiten Platz begeben muß. Es folgen die Bezirke Dresden mit 55 692, Schleswig-Holstein mit 55 193, Franken mit 54 976, Magdeburg mit 54 293, Hannover mit 47 724, Thüringen mit 42 857, Leipzig mit 42 749, Breslau mit 41 701 Mitgliedern.

Alte und Junge brüderlich vereint!

Hat man uns nicht nachgesagt, unsere Partei sei überaltert, die Jugend finde nicht mehr den Weg zu uns? Hat man nicht behauptet, unsere Partei sei keine Arbeiterpartei mehr, die Mitglieder kämen vorwiegend aus gehobenen Berufsstellungen? Die Antwort darauf gibt eine Erhebung, die der Parteivorstand im vorigen Jahre vorgenommen hat. Hier ist das Ergebnis:

Die Erhebung erstreckte sich auf drei verschiedene Gruppen von Ortsvereinen. Sie wurden veranstaltet in 17 Ortsvereinen mit je 1000 und mehr Mitgliedern, in 138 Ortsvereinen mit je 100 bis 1000 Mitgliedern, in 238 Ortsvereinen mit bis zu je 100 Mitgliedern. Es sind also in 393 Ortsgruppen insgesamt 117 247 Mitglieder von der Erhebung erfaßt worden. Es stellte sich nun heraus, daß 59,48 Prozent der Mitglieder Arbeiter, 10,02 Prozent



Otto Wels spricht zur Jugend (»Roter Tag« in Görlitz)

Arbeit für das Volksganze

Im Deutschen Reichstag, in den Parlamenten der Länder, in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäten, überall sitzen die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, um die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen. So umfassend die Berichte des Jahrbuchs über die parlamentarische Tätigkeit der Partei ist, so können sie doch nur einen kleinen Ausschnitt daraus geben. Im vergangenen Jahre wurden als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Reich, in den Ländern und Gemeinden gezählt:

Reichstag	143
Landtag	519
Provinziallandtage	445
Kreistage	4 573
Stadtverordnete	8 924
Gemeindevertreter	38 892

Außerdem waren 870 Sozialdemokraten als Bürgermeister, 1261 als Gemeindevorsteher und 437 als Beigeordnete oder Stadträte tätig.

So erfreulich diese Zahlen an sich auch sind, so deutlich sie auch zeigen, wie stark der Einfluß der Arbeiterklasse auf das öffentliche Leben geworden ist, so müssen sie doch auch in ihrem Verhältnis zu den anderen Parteien gewürdigt werden. Und dann ergibt sich die Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei



Das neue Druckereigebäude in Nürnberg

100 000 neue Kämpfer!

Die Entwicklung seit 1929

Zunächst einige Zahlen: Anfang 1929 gab es in Deutschland 1 400 000 Erwerbslose. Anfang 1930 stieg ihre Zahl auf 2 763 000. Ende 1930 betrug sie 4 357 000. In dieser Zeit der schwersten wirtschaftlichen Bedrückung hat die Sozialdemokratische Partei ihren Mitgliederbestand nicht nur gehalten, sie konnte ihn sogar noch wesentlich erhöhen. Am 1. Januar 1929 waren 937 381 Männer und Frauen in der Sozialdemokratischen Partei organisiert, am 1. Januar 1930 war ihre Zahl auf 1 021 777 gestiegen, am 1. Januar 1931 stand sie auf 1 037 384, davon 809,106 Männer und 228 278 Frauen. Seit dem Bericht für den Magdeburger Parteitag vor 2 Jahren betrug also der Zugang an Mitgliedern 100 003, davon entfielen auf das Jahr der schwersten Wirtschaftskrise 15 607. Seit Anfang dieses Jahres ist unter der vom Parteivorsitzenden Otto Wels herausgegebenen Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“ diese Zahl noch weiter gestiegen.

Die Sozialdemokratische Partei wächst in die Breite, sie geht aber auch in die Tiefe. Seit dem Magdeburger Parteitag sind 928 neue Ortsgruppen gebildet worden, ihre Zahl betrug Ende 1930 9844. An dieser Steigerung sind alle Bezirke des Reiches beteiligt, und als erfreuliches Zeichen für die Aktivität der Bewegung kann berichtet werden, daß der agrarische Bezirk Ostpreußen mit der Neugründung von 56 Organisationen an der Spitze steht. Der Größe nach kommt diesmal der Bezirk Berlin mit 76 886 Mitgliedern zuerst; er hat Hamburg überholt, das früher die erste Stelle inne hatte und jetzt mit 74 482 sich mit

Angestellte sind. Rechnet man dazu noch 4,64 Prozent Invaliden und Kriegsbeschädigte, sowie 17,14 Prozent Hausfrauen, so entfällt nur noch ein Bruchteil von 8,72 Prozent auf andere Berufsgruppen. Unter ihnen sind dann noch 4,17 Gewerbetreibende und Landwirte und 3,7 Prozent Beamte; aber auch diese beiden Gruppen dürften wohl zum allergrößten Teil rein proletarische Kreise umfassen. Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt demnach die Partei des arbeitenden Volkes.

Und weiter: Im Alter bis zu 30 Jahren standen 18,16 Prozent, also fast der fünfte Teil der Mitgliedschaft. 26,47 Prozent der Mitglieder waren 30 bis 40 Jahre alt. Die Hälfte der Parteimitglieder sind also jüngere Leute. Man wird aber auch die ihnen folgenden Gruppen zwischen 40 und 50 Jahren, die 27,26 Prozent der Mitgliedschaft ausmachen, nicht als ein Zeichen der Ueberalterung der Partei ansehen können. Das Jahrbuch stellt fest: Die Partei ist jugendfrisch und kampfbereit.

Wir haben die Jugend, aber sind auch stolz auf unsere Alten! 20,6 Prozent der Mitglieder gehören der Partei schon mehr als 15 Jahre an. Sie sind der Kern der Bewegung, der in vielen Kämpfen erprobte Sturmtrupp des Proletariats. Die Alten und die Jungen, brüderlich vereint, sie schlagen die großen Schlachten im politischen Leben, sie kämpfen Mann gegen Mann um jeden Zoll des Weges, den die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele gehen muß. Das sind jene Massen, von denen vor einigen Jahren der bolschewistische Führer Eugen Varga schrieb, daß sie „in einer fanatischen, um nicht zu sagen, fast bornierten Treue, zumeist durch alle Stürme hindurch, den Glauben an ihre Partei nicht verloren haben.“



Naturwissenschaftliche Studienreisen in Tirol veranstaltet vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit (Vortrag über Gebirgsbildung)

weder im Reichstag noch in den einzelnen Landtagen eine Mehrheit hat, und daß infolgedessen deren Entscheidungen in stärkerem Maße von den Vertretern der besitzenden Klassen als von denen des Proletariats beeinflußt werden. Dagegen hat die Sozialdemokratie in einer größeren Anzahl von Gemeinden bereits die Mehrheit errungen und hier kann sie dann, soweit es die Reichs- und Landesgesetze zulassen, ungehindert durch die Parteien des Besitzes ihre Arbeit für das Volksganze leisten.



Maifeierkundgebung der Berliner Gewerkschaften im Lustgarten

Freistaat Baden

Neues badisches Haushaltgesetz

Dem Badischen Landtag soll in nächster Zeit der Entwurf einer Staatshaushaltsordnung vorgelegt werden, die an die Stelle des bisher geltenden Staatshaushaltsgesetzes vom Jahr 1882 treten soll. In diesem Entwurf werden die Grundsätze des Haushaltwesens, wie sie künftig für den badischen Staat maßgebend sein sollen, neu und den Zeitverhältnissen entsprechend, festgelegt.

Der Führer auf 2 Wochen verboten

Endlich die Grenze der Geduld erreicht

Auf Grund des § 12 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Ziff. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 ist die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung, Der Führer, mit Wirkung vom heutigen Tage auf die Dauer von zwei Wochen vom Vertrieb des Innern verboten worden. Das Verbot umfaßt auch jede angelegentlich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Am 11. Mai wird mitgeteilt: Anlaß zu diesem Verbot gaben die in den letzten Ausgaben des Führer enthaltenen systematischen, absichtlichen Angriffe gegen die Polizei, der auf mehr oder weniger verbüllte Art vorgeworfen wurde, daß sie Angriffe kommunistischer Gruppen auf Nationalsozialisten billige und begünstige, daß sie ihre Pflicht als Hüterin der öffentlichen Sicherheit absichtlich und böswillig nicht erfüllt und parteiisch nicht gegen die Angreifer, sondern gegen die Angegriffenen vorgehe. Die in den fraglichen Ausgaben des Führer enthaltenen Ausführungen stellen schwere Beschimpfungen und böswillige Verächtlichmachungen der Polizei dar und verstoßen gegen den Versuch, die Staatsautorität zu erschüttern.

Naziauscheidungen und Staatschutz

Im Zusammenhang mit den neuerlichen nationalsozialistischen Ausschreitungen und den von einzelnen Stellen daraus abgeleiteten Rufen nach einem neuen Uniformverbot macht die Mannheimer Volksstimme folgende zutreffende Bemerkungen:

Offenkundig darf man diesmal erwarten, daß das badische Innenministerium die Scheidung zwischen republiktreuen und republikfeindlichen Parteien, Staatsbürgern und Staatsunterwürflichen Parteien und Verbänden, diese Scheidung, die ja auch die ganze Zeit über eine seiner Regierungsmaximen gewesen ist, in aller notwendigen Schärfe wieder in den Vordergrund rückt und wieder wie früher danach seine Politik orientiert. Die badische Regierung würde sich ansonst mit ihrer ganzen bisherigen Tradition und zugleich mit den Notwendigkeiten der Stunde und den Empfindungen der Republikaner in Widerspruch setzen, Gegenstände wieder lebendig machen, die mittlerweile erfreulicherweise ausgeklammert worden sind, und Schwierigkeiten schaffen, die die weitere Arbeit des Kabinetts und das Zusammenwirken der Koalitionsparteien nur zu beeinträchtigen berechnungswürdig wären. Mehr denn je muß man heute unterscheiden: zwischen dem zum Aufbau willigen und den die Katastrophe betreibenden Gruppen, zwischen den händelstüchtigen, hohen Radowortreien und denen, die die Republik hüten und verteidigen und die demokratische Ordnung nicht mutwillig stören, sondern zu festigen bestrebt sind, kurz zwischen den republiktreuen und den republikfeindlichen Parteien. Senen die Hand! Diesen die Faust!

Blutige Auseinandersetzungen in Freiburg

Freiburg, 8. Mai. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei veranstaltete am Donnerstag abend einen Demonstrationsszug. Dabei kam es am Bahnhofsplatz zu einer Schlägerei zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Demonstranten. Drei Nationalsozialisten wurden verletzt. Die Kommunisten zogen sich zurück, so daß nicht festgestellt werden konnte, wieviel von ihnen verletzt wurden.

Die Freiburger Tagespost berichtet dazu weiter: Als der Demonstrationsszug der Nationalsozialisten gegen 21 Uhr die Friedhofstraße passierte, kam es zu Zusammenstößen mit anscheinend kommunistischen Arbeitern und jungen Burschen. Trotzdem ein Korps uniformierter Nationalsozialisten das Ende des Zuges gegen den andrängenden Gezwang zu schützen versuchte, kam es doch zu einer Schlägerei, bei der einige Nationalsozialisten, die zurückgeblieben waren, verprügelt wurden. Am Hauptbahnhof formierten sich die Nationalsozialisten von neuem und zogen dann in die Dampfbahn, wo sie eine Versammlung abhielten. Um 23 Uhr kam es zum neuen Blutvergießen besonders in der Betsoldstraße zu neuen Tumulten. Das Nebelkommando säuberte die Straße mit dem Gumminüßel.

Hakenkreuzhege zerlegt Badens Fremdenverkehr

Ein Aufruf von Baden-Baden
Aus Baden-Baden wird gemeldet: Offenbar mit Unterstützung der Baden-Badener Kurdirektion tritt die Baden-Badener Presse mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der sich gegen die Austragung politischer Meinungsverschiedenheiten in einem Orte wendet, der in erster Linie dazu berufen ist, seinen Bürgern und seinen Kurgästen Ruhe und Erholung vom politischen Kampf und Getöse zu verschaffen. Ganz besonders wendet sich der Aufruf gegen politische Demonstrationen, die in keiner Weise geeignet sind, den Charakter Baden-Badens als Kur- und Fremdenstadt zu unterstreichen.

Dieser Aufruf Baden-Badens zeigt, daß man in der Stadt der heißen Quellen (in der man allerdings bewußt oder unbewußt verschweigt, daß die Nationalsozialisten die Urheber dieser bedenklichen Entwicklung sind) allgemach erkennt, welchen Schaden die nationalsozialistische Hege für den Fremdenverkehr mit sich bringt. Was jedoch für Baden-Baden gilt, trifft in nicht geringerem Ausmaß für den ganzen badischen Fremdenverkehr zu. Mit höhnisch-lächelnden Grimassen wird in der nationalsozialistischen Presse auf den Rückgang des Fremdenverkehrs hingewiesen, gleichzeitig aber durch eine maßlose antisemitische und nationalistische Hege die Neigung der Fremden in Badens Höhen- und

Kurorten Erholung zu suchen, zerstückt. Denn es ist begreiflich, daß sowohl deutsche Bevölkerungsteile wie erst Ausländer keine Luft haben, ein Land aufzusuchen, das allgemein in den Ruf kommt, ein Sammelbecken antisemitischer und nationalstiller Verheerung zu sein. In anderen Ländern mit starkem Fremdenverkehr hat man aus diesem Grunde die antisemitische und nationalstiller Verheerung bereits längst zurückgefallen und in Oberbayern sowie Tirol gibt man sich bereits wieder alle Mühe, die Fremden wieder zurückzuführen, die man ungeschickterweise verjagt hat. In Baden jedoch hat man die Dinge soweit treiben lassen, daß der gute Ruf des Schwarzwaldes in ein bedenkliches Licht gerückt wurde. Wir hoffen daher, im Interesse des badischen Fremdenverkehrs, daß diese Maßnahme Baden-Badens in ganz Baden Beachtung und Besserung findet; denn Baden-Baden hat mit seinem Fremdenverkehr sehr viel zu verlieren und antisemitische sowie nationalstiller Hege dienen nicht gerade dazu, Fremde beizuziehen.

Sozialistische Hochschullehrer gegen rechtsradikalen Terror

Die Bewegung gegen den Hochschülerbund, der durch seinen Brief an die Ionen, Deutsche Studentenschaft sich zum Schutz rechtsradikaler Bestrebungen gemacht und so dem Ansehen der deutschen Universitäten wesentlich geschadet hat, nimmt einen erfreulichen Fortgang. Mehr als 60 Professoren aus ganz verschiedenen politischen Lagern, darunter angelegene Namen wie Pfister, Einkeil, Drelich, Weberer, Radbruch, V. L. Schilling, Sinzheimer, Bieker haben sich dem von Geheimrat Prof. Dr. Solbe, von der Technischen Hochschule Berlin, ausgehenden Protest bereits angeschlossen.

Der österreichische Verband sozialistischer Hochschullehrer tritt daneben mit einer eigenen Erklärung an die Öffentlichkeit, wobei in einem Schreiben an Professor Gumbel-Heidelberg erklärt wird: „Die Vereinigung sozialistischer Hochschullehrer Wiens verurteilt auf das Schärfste die von der sogenannten Deutschen Studentenschaft unternommenen Verheerungen. Sie wegen ihrer politischen Gesinnung von der Universität Heidelberg zu verdrängen und sie dadurch es auf das höchste, daß der Versuch der Deutschen Studentenschaft, zu ihrem widerrechtlichen Vorgehen die Unterstützung des Hochschülerbundes zu erlangen, leitens des Vorstandes dieses Verbandes nicht die gebührende Zurückweisung erfahren hat. Wir fordern Sie auf, keinem Terror zu weichen, damit nicht durch den Ihre Person betreffenden Einzelfall Befreiung geschaffen werde in das hohe Kulturgut der Lehr- und Geistesfreiheit der Deutschen Hochschullehrer, das jeder, der das Deutschtum nicht auf den Lippen, sondern im Herzen trägt, bis zum Äußersten verteidigen wird.“

Die projektierte Hohenwaldbahn

Wie aus der vom badischen Staatsministerium dem Landtag übergebenen Denkschrift über die Lage der Privatbahnen in Baden hervorgeht, sind die Ausichten für den Bau einer Hohenwaldbahn von Wohlstand über den Solenwald nach St. Blasien nicht besonders günstig. Es heißt darin u. a.: „Die Studienstiftung für diese Bahn hat mit Hilfe des Finanzministeriums die Anerkennung des Reichsverkehrsministeriums erhalten, es ist auch eine Bahn des nicht allgemeinen Verkehrs hande (wofür das Reich nach dem Maße der den Kleinbahnen in Preußen gewährten Unterstützung eine Subvention leistet, wenn das Land den gleichen Betrag zur Verfügung stellt). Das Finanzministerium mußte der Studienstiftung allerdings von vornherein eröffnen, daß zur Zeit Mittel des Landes für diesen Bahnbau nicht zur Verfügung stehen und daß ein Zeitpunkt, wann wieder Mittel dafür frei werden, heute nicht angegeben werden könne. Bei dieser Sachlage und bei der durch den gesteigerten Kraftwagenverkehr notwendigerweise aufzuwerfenden Frage, ob die Verkehrsbedürfnisse einer Gegend nicht zweckmäßiger und billiger durch Einrichtung von Kraftwagenlinien befriedigt werden können, haben letzter Bedenken bestanden, den beteiligten Gemeinden des Hohenwaldes die Staatsgenehmigung zu erteilen, daß sie sich an der Finanzierung der Studienstiftung beteiligen.“

Der Bund der gehobenen mittleren Beamten Badens hielt im Bürgerlokal des Karlsruher Rathauses seinen 3. ordentlichen Bundeskongress ab. In vier Entschlüsseungen protestierte der Bundeskongress entschieden gegen jede weitere Gehaltskürzung. Er verlangte, daß den Beamtenorganisationen Gelegenheit gegeben wird, schriftlich und mündlich zum Sparantrag Stellung zu nehmen, ferner, daß der Ueberalterung im gehobenen mittleren Dienst durch Verbesserung der unzureichenden Beförderungsmöglichkeiten geteuer wird. Schließlich widersprach der Bundeskongress mit aller Entschiedenheit der Einführung der mittleren Reife als Vorbildungsordnung für den unmittelbaren Eintritt in den gehobenen mittleren Staatsdienst.

Die Tagung der badischen Haus- und Grundbesitzer findet am 6. und 7. Juni in Albern statt.

Auf der Gläubigerversammlung der Holzhandlung Koh & Klump, Gernsbach, wurde über die Liquidation des Betriebes entschieden. Die gläubiger Gläubigerversammlung nahm zur Kenntnis, das entgegen der ursprünglichen Annahme einer Quote von 60 Prozent nur eine solche von 38 Prozent aus der Liquidationsmasse zur Verteilung kommen kann. Dieser ist eine Vorauszahlung von 10 Prozent erfolgt. Nach dem letzten, der 24. März 1931 aufgestellten Status ergibt sich bei 2,34 Millionen RM. eine Ueberzahlung von 6,26 Millionen RM. Zu der Ueberzahlung zusammengekommen Vorauszahlung kam noch eine Aktienauszahlung von 1,7 Millionen RM. An, was ungefähr einer Quote von 15 Prozent entspricht.

Der Parlament (Z. G. Baden N. G.), der für 1930 die alte Dividende von 12 Prozent ausreicht erhält, gibt für das Jahr 1931 einen Reingewinn von 89,2 Millionen Mark an gegenüber 104,5 Millionen Mark im Vorjahr. Die Abschreibungen haben sich von 70 Millionen auf 57 Millionen Mark erhöht. Die Steuern sanken sich von etwa 67 Millionen auf 56 Millionen, Anfallen werden, wie bisher, nicht angegeben, womit sich die Dividende sehr dezentriert.

Der Verband der badischen Mittel- und Kleinrentner hielt in Ueberlingen seine 21. Jahresversammlung ab. Präsident Reiterer erläuterte den Jahresbericht, aus dem die außerordentlich schwierige Lage des badischen mittleren und kleinen Bräutigams hervorgeht. Auch nie sei das hier, das Wohlstand des deutschen Volkes so stark bedroht gewesen, wie heute, was seinen schmerzhaften Ausdruck in dem erschütternden Konsumrückgang findet.

Sport

Keine Fußballspiele am Sonntag
Infolge des Hochwassers sollen die auf Sonntag, 10. Mai, anberaumten Fußballspiele der Arbeiterfußballer aus.

Volkswirtschaft

Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, e. V., lädt zu seinem diesjährigen Genossenschaftstag am 8., 9. und 10. Juni in der Stadthalle in Magdeburg ein. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Der Bericht über die Entwicklung des Zentralverbandes und über allgemeine wirtschaftliche Angelegenheiten, die Erörterung der gegen die Konsumvereine gerichteten Rechtsprechung der Zivil- und Finanzgerichte und Vorträge über die Bedeutung und die Förderung der zentralen genossenschaftlichen Eigenproduktion und über das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen.

Am Anknüpfen an den Genossenschaftstag findet ebenfalls in der Stadthalle in Magdeburg am 11. Juni die Generalversammlung der Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. B. G. statt. Auf der Tagesordnung stehen innere geschäftliche Angelegenheiten.

Besserung in der Textilindustrie

Trotz Arbeitslosigkeit Versuche mit Ueberstunden.
Die Arbeiter in der Textilindustrie beginnen sich wieder schneller zu bewegen. Die Anzeichen für ein besseres Geschäft scheinen für manche Kreise so untrüglich zu sein, daß man sofort mit einer Erhöhung der Preise in die bessere Konjunktur gehen will. Die Maschinenfabrikanten und Tuchfabrikanten sind die großen „Optimisten“, die die erste beste Gelegenheit wahrnehmen, den Preisabbau, soweit er überhaupt durchgeführt wurde, wieder rückgängig zu machen. Die genannten Fabrikanten sind so rücksichtslos, die Abnehmerkreise darauf aufmerksam zu machen, daß die erhöhten Preise überhaupt nur Uebergangspreise seien und daß man sich nächstens, sofern die Rohstoffpreise wieder steigen, auf eine weitere Erhöhung gefaßt machen mußte.

Die Aktion der Tuchfabrikanten ist schon im Interesse der Wirtschaftsbildung zu bedauern. An sich waren die Preise immer stark überhöht, was man auch von den meisten anderen Textilergzeugnissen sagen kann. Was in der Textilindustrie nicht durch Kartelle oder Produktionsgemeinschaften verbunden ist, gehört zumindereinst einer Konvention an oder man macht sich das System der Preisabschließen zumute, um Schutzkonventionen zu unterbinden; unter Schutzkonventionen versteht man aber leider allzu oft die genauere und gewissenhaftere Preisabstimmung.

Im Lager der Textilindustrie sind weiterhin wieder Stimmen gegen eine Verzögerung der Arbeitslosigkeit, namentlich gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche laut geworden. Man will ohne Zweifel für den Fall vorzuziehen, daß die Textilindustrie in nächster Zeit eine noch stärkere Belebung erfährt. Wahrscheinlich will man dann die drängenden Aufträge durch Einlegung von Ueberstunden erledigen, anstatt Reueinstellungen vorzunehmen. Das ist la bequemere und profitabler. Man kann hier und da schon übersehen, nach dieser Richtung vorzugehen, schließlich. Dagegen gilt es, sich bei Zeiten zu wehren.

Dem Reichsverband des deutschen Handwerks wird uns geschrieben: Bei dem Darnebellegen der Gesamtvolkswirtschaft ist es erklärlich, daß auch die ganze Wirtschaftslage des Handwerks sich im Monat April ebenfalls noch in einer starken Krise befindet. Eine leichte Belebung der Geschäftslage können nur die Handwerksbetriebe aufweisen, die besonders zu den Saisonarbeiten in größerem Umfang Aufträge zu verschaffen, und auch dem Fleischer- und Lederhandwerk gingen Aufträge zu. In den übrigen Zweigen des Handwerks blieb jedoch der Geschäftsgang rückwärts. Den günstigsten Geschäftsgang weisen auch im Berichtsmonat wieder die Metallhandwerke auf. Unter dem Einfluß der Jahreszeit befürchte sich namentlich im Bereich des Schmiedehandwerks sowie im Schmiedehandwerk der Auftragsgang, wenn auch infolge des meist frühen und frühen Wetters die Auftragserteilung erheblich geringer blieb als im Vorjahr. Das Sattler-, Stellmacher-, Schmiede- und Schlosserhandwerk war ebenfalls, soweit es Aufträge für Inneneinrichtungen an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, die durch die Frühjahrsbelebung der Landwirtschaft notwendig wurden, zu verschaffen hatte, etwas besser beschäftigt als im Vorjahr, jedoch wesentlich geringer als in den Vorjahren.

Konjunkturzeichen!

Die fürchterliche Wirtschaftskrise in aller Welt hat selbstverständlich auch die Kurse der an den ausländischen Börsen notierten deutschen Wertpapiere in Mitleidenhaft gezogen, insbesondere trat nach den katastrophalen Reichstagswahlen vom 14. September ein harter Kursrückgang dieser Wertpapiere ein. Das bedeutet, mit anderen Worten gesagt, eine Verringerung des deutschen Kredits und Stockungen in der notwendigen Versorgung der deutschen Wirtschaft mit ausländischem Kapital. Erst nach und nach hat sich das Vertrauen des ausländischen Kapitalmarktes zu Deutschland



wieder gefestigt. Das Ausland scheint mehr Neigung als bisher zu haben, wieder Anleihen nach Deutschland zu geben. Ein Zeichen dafür ist das Ansteigen der deutschen Papiere im Ausland. Unser Schaubild gibt die Entwicklung deutlich wieder. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß der Reichsbankpräsident Dr. Luther auf der Generalkonferenz der Reichsbank ausdrücklich auf das Ansteigen der deutschen Papiere hingewiesen und dieses Ansteigen als gutes Konjunkturzeichen bezeichnet hat.

Abdruck: Georg Schöpfung. Verantwortlich: Volker, Freilicht, Volkswirtschaft, Aus der Welt, Letzte Nachrichten: E. G. Neumann, Landtag, Genossenschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neulichen. Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Parlaments, Gemeinde, politische Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Baden, Ausfühler: Josef Kiefer, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Einnahme: monatlich in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft: Volksfreund und G. m. b. H., Karlsruhe.

Verwendet **Eska-Essig** die guten Qualitäten der **Essigfabrik Karlsruhe i. B.** Gesellschaft mit beschränkter Haftung Augartenstr. 75 / Tel. 312

Aus dem Reich der Technik

Internationale Bauausstellung

Am 9. Mai wird in Berlin die Internationale Bauausstellung eröffnet. Es handelt sich um ein Ereignis von internationaler Bedeutung. Heute herrscht auf dem weiten Ausstellungsgelände am Kaiserdamm noch das Bauchaos. Stahlskelette ragen in die Luft und warten auf das Mauerwerk. Straßen sind im Entstehen begriffen. Weite Rasenflächen werden geschaffen. Aber die Arbeit geht durch Tag und Nacht und wenn der Tag der Ausstellung gekommen ist, wird das Werk mit dem Glockenschlag vollendet sein.

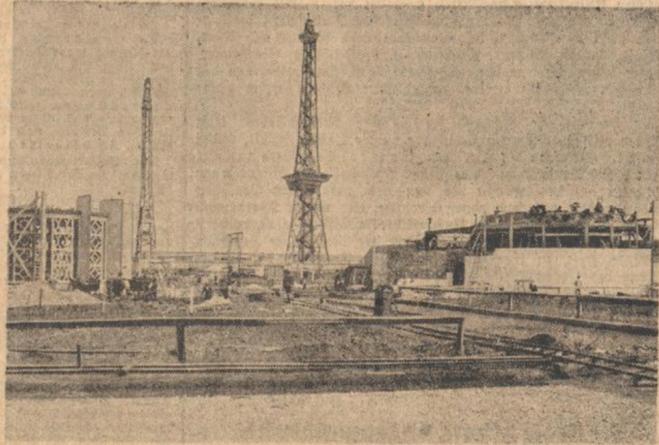
Mit der Internationalen Bauausstellung wird nicht nur die räumlich umfangreichste und inhaltlich bedeutendste Ausstellung der Reichshauptstadt seit der Gewerbeausstellung von 1896 dem Publikum übergeben werden, sondern auch die größte Veranstaltung des Bau- und Wohnungswesens, die jemals stattgefunden hat. Rund 60 000 Quadratmeter Hallenfläche und rund 70 000 Quadratmeter Freigelände wird die gewaltige Schau des Bauens und Wohnens umfassen, die in ihrer Darstellungsweise allenthalben das Grundrissliche hervorzuheben und das Nebenrissliche beiseite zu lassen sucht, um so zu einer großzügigen Schau der Probleme des Bauens und Wohnens unserer Zeit zu werden.

In drei Teile gliedert sich der umfangreiche Komplex der Schau: der erste davon umfaßt die beiden Autohallen, der zweite den Hallenkomplex am Funkturm, der dritte das sich daran anschließende Freigelände, das eigens für die Ausstellung geschaffen ist und bei ihr erstmalig benutzt wird.

Die Eingangshalle I wird eine internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen enthalten, in der 22 ausländische Kulturstaaten einen Querschnitt durch ihre städtebaulichen Probleme, Leistungen, Planungen und Arbeiten geben werden. Bildliche Darstellungen, Pläne, Statistiken, Reliefmodelle und dergleichen werden die Aktivität im Bauen und Wohnen aller Länder veranschaulichen und ein außerordentlich interessantes Studien- und Vergleichsmaterial auf knappem Raum zusammenfassen. Ein besonderer Raum wird dem deutschen Städte- und Wohnungsbau gewidmet sein. Aus der Halle führt eine Rolltreppe den Besucher hinüber in die Halle II, die das „Bauwerk unserer Zeit“ beherbergt. Beherbergt im wahrsten Sinne des Wortes; denn hier herrscht nicht mehr der Grundriß und Plan. Unter dem lang und weit gespannten Dach der riesigen Halle sind ganze Häuser emporgewachsen: ein zweistöckiges Boarding-Haus mit Kaffee- und Gemeinshausräumen, ein Erdgeschosswohnhäuser, Wohnungen mit verschiedenster Grundrißgestaltung, Musterbeispiele für Polizeistationen, Büroräume, Internatsräume und dergleichen sind hier in voller Lebensgröße aufgebaut, komplett möbliert, mit allen Installationen versehen, ja ein großer gepflasterter Hof ist auf dem Boden der Halle entstanden. Im oberen Geschoss der Halle werden Wertstoffe aller Art für den inneren Ausbau zur Schau gestellt werden.

Durch einen unterirdischen Tunnel, an den sich wieder eine Rolltreppe anschließt, gelangt der Besucher in den Trakt der Hallen III bis VII, die, im ganzen genommen, „Das neue Bauen“ zur Darstellung bringen. Die erste Halle (III) dieses Komplexes ist dem Holz gewidmet. In der lichten, freundlichen, ganz in gelb gehaltenen Halle finden wir Holzhäuser, Sperrholztafelungen, kurz, die Verwendung des Holzes als Baustoff in seinen verschiedensten Arten und Formen an zahlreichen Beispielen demonstriert. Die seitlich anstoßende Halle VIII ist dem modernen Grundriß des Bauens, dem Eisen und Stahl, gewidmet. Dem Holz und Eisen folgen in den Hallen IV bis VI die übrigen Baustoffe: Stein, Zement und die große Meerstraße der Kunststoffe aller Art. Hier finden wir eine Aneinanderreihung der verschiedensten Dachkonstruktionen, dort eine Abteilung für Zwischenwände, die

die verschiedenartigsten modernen Wandkonstruktionen an praktischen Beispielen studieren läßt, an anderen Stellen wieder veranschaulichen allerlei in Tätigkeit befindliche Maschinen den Werdegang der verschiedensten Baustoffe. Die Halle VI ist dem Technischen am Bau gewidmet: hier kommt die Inflation zu ihrem Recht. Alles, was mit Gas, Wasser, Elektrizität, mit Zimmer, Küche und Bad zusammenhängt, gelangt hier zur Darstellung. Hier



Das Werden der Bauausstellung. Blick auf das große Freigelände, auf dem Siedlungsbauten, Gartenanlagen, Straßen usw. entstehen. Vorn links der „Zementhof“, rechts das im Bau begriffene Haus „Ring der Frauen“.

geben auch die Gewerkschaften und ihre Wirtschaftsbetriebe in lebendigen Schaustellungen einen interessanten Einblick in ihre Tätigkeit. Den Abschluß der Halle bildet ein Baueckel, das zum eindrucksvollsten der ganzen Ausstellung gehört. Die Beratungskommission des Deutschen Zementbundes zeigt hier, welche fähigen Konstruktionen sich mit dem Baustoff Zement verwirklichen lassen: ein Turm aus Zement, auf die Spitze gestellt, um 3 Meter, oben 12 Meter breit, der als Rundbau ausgeführt ist und eine Treppe beherbergt, hält den Blick des Betrachters gefangen.

Die Hallen verlassen, betritt der Besucher einen der reizvollsten Teile der Ausstellung, genannt „Im deutschen Dorf“. Er besteht aus einem niederdeutschen Bauernhof und Modellen bodenständiger ländlicher Bauweisen; alles komplett mit Möbeln, Installationen usw. Auf dem „Dorplatz“ ist eine Tanzfläche mit Maibaum vorgesehen — der einzige Erholungspunkt innerhalb der Ausstellung. Durch einen Verbindungsbau, der dem deutschen Hausstil gewidmet ist, betritt man das einzigartige Freigelände. Auch hier eine Doppelteilung: der untere Teil umfaßt den ländlichen Siedlungsbau, der obere umfaßt das Maschinen- und Konstruktionswesen der modernen Bautechnik. Eine Ausstellungs-Kleinbahn durchschneidet in eleganten Kurven das ganze Gelände. Der „ländliche Siedlungsbau“ besteht aus 22 Einzelgebäuden, die für verschiedene Wohnbedürfnisse entwickelt sind und von denen jedes ein Musterbeispiel zweckmäßiger und wirtschaftlicher Grundrißgestaltung darstellt. Alle Häuser sind massiv gebaut und möbliert; die oberen Geschosse sind unempfindlich gelassen, um einen Einblick in die konstruktive Durchbildung zu gewähren. In der Mitte des Geländes ist ein Vortragssaal angelegt, in dem den sachlich interessierten Besuchern das Gesehene in Kurven und Vortrag nähergebracht werden soll. Rund 2000 Meter Straßen mit 6 Meter Breite durchziehen das Gelände; sie sind Ausstellungsstraßen, die stückweise nach verschiedenen Verfahren und mit verschiedenen Baustoffen hergestellt sind. Eine Gartenanlage gruppiert sich ringförmig um einen Rundbau herum, der als „Ring der Frauen“ dem Kulturwirken und Kulturbedürfnis der Frau gewidmet ist.

An anderer Stelle erhebt sich in eigenartiger Form der „Zementhof“, ein den Kunststein in seinen verschiedensten Farben und Formen zeigender Bau. Wieder an anderer Stelle erheben sich Kupferhäuser, Bauwerke mit einer Außenhaut aus Kupferblech und Wänden aus doppeltem Blech mit einer Isolationsfüllung. Weiter finden wir eine Garageausstellung, die die verschiedensten Grundrißlösungen und Wertstoffe dieser Bauwerke theoretisch und praktisch darlegt; ja sogar ein Musterriedhof wird zu sehen sein. Ein weiterer Teil des Freigeländes ist mit kleinen Einzelhäusern, Einfamilien- und Wohnenbüchsen besetzt. Und schließlich zeigt sich dem Besucher ein ganzes Feld voller Baumaterialien vom kleinen Zementmischer bis zum riesigen Baukran für den Hochhausbau.

Alles in allem: ein gewaltiges Werk, emporgewachsen in einer zeitraufwändigen Entwicklung der gesamten Wirtschaft, begrüßt und erhofft als Impuls zur Belebung des Baumarktes, als Führer, Wegweiser und Ratgeber für den ersehnten Neueinsatz der Bau-tätigkeit. Möge Hoffnung und Arbeit nicht vergeblich sein!

25 Jahre Autobus

Der Autobus konnte im vergangenen Jahre sein 25jähriges Jubiläum feiern. Als ein Sonntagkind hatte er am 19. November 1905 in Berlin auf der Straße Hallesches Tor—Chausseestraße Ecke Bismarckstraße seine Fahrt aufgenommen. Von den wenigsteinstufigen Berlinern war er begeistert begrüßt worden. Eine Berliner Zeitung schrieb unter anderem über die erste Fahrt: „Jetzt tönt das Abfahrtszeichen. Töff, töff, töff, Klingt die Hupe mit wohlthuend gedämpfter Stimme. Keine Bremse schlägt mehr knatternd an die Vorderwand, kein Petroleumduft schwängert die Luft des Innenraumes. Und nun erst die Fahrt selbst: herrlich, lautlos, nur das leise Knirschen der mächtig dreien Hinterräder, die auf Vollgummiläufen...“

Heute sind die Fahrgäste anspruchsvoller geworden, und der technische Fortschritt gibt ihnen ein Recht dazu. Der mit Vollgummi bereifte Omnibus findet nicht mehr ihren ungeteilten Beifall. In einigen Jahren wird auch der letzte, mit Vollgummireifen versehene Autobus im Großstadtverkehr verschwinden sein. An Stelle der Vollgummireifen sind bei neueren Fahrzeugen die Luftreifen getreten, deren Betriebskosten gegenüber den Vollgummireifen zwar höher sind (zweieinhalb- bis dreifache Mehrkosten), aber die Straßenoberfläche erheblich schonen und die Fahrgäste wesentlich angenehmer befördern. Die Anwendung der Luftbereifung brachte im Autobusverkehr den sogenannten Dreiaxler, das Fahrzeug mit sechs Rädern. Man mußte zu dieser Konstruktion mit Rücksicht auf die beste Verteilung der Last und die Größe der Fahrzeuge kommen.

Die ersten Autobusse waren mit zwei Hochmotoren (4 Zylinder) ausgerüstet, die 22 bis 35 PS entwickelten und mit Wasserpumpe versehen waren. Ihre Zündanlagen sowie die noch unvollständig durchgebildete Schmierpumpe gaben häufig zu Betriebsstörungen Veranlassung. Alle diese Mängel sind ja inzwischen infolge der konstruktiven Verbesserungen beseitigt worden. Die heute in Berlin laufenden Autobusse haben dagegen Motoren von 150 PS. Die Leistung ist also etwa verdreifacht worden. Der Weg mußte zur ständigen Vergrößerung des Fassungsvermögens der Wagen führen, da man bestrebt sein mußte, die Personalkosten, bezogen auf den Plankilometer, zu vermindern. Zu berücksichtigen ist außerdem die Tatsache, daß die Verbesserung der Motoren eine erhebliche Verminderung des Brennstoffverbrauches mit sich gebracht hat. Heute ist das Streben darauf gerichtet, den Motor bei gleicher Leistungsfähigkeit und Lebensdauer kleiner zu gestalten, so daß er unter dem Wagenplatz montiert werden kann. Dadurch würde der Fassungsraum der Fahrzeuge ohne Vergrößerung der Gesamtabmessungen noch gesteigert werden können.

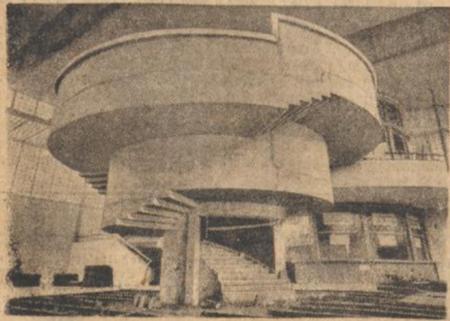
Für den Bau der Wagenkasten wird im allgemeinen immer noch Holz verwendet, das infolge seiner natürlichen Festigkeitseigenschaften besonders bei zweistöckigen Fahrzeugen gegenüber dem Eisen sich erfolgreich behaupten konnte. Während der Zeitungs-

bericht aus dem Jahre 1905 die Fahrt auf offenem Verdeck geradezu als einen Genuß bezeichnete, wobei man nicht vergessen darf, daß die erste Fahrt im Winter stattfand, sind heute Wagen mit offenem Verdeck überall nur noch im Sommer beliebt. Der Wagen mit geschlossenem Verdeck, der unbedingt vor Wind und Wetter geschützt ist, wird im allgemeinen bevorzugt.

Die weitere Entwicklung im Omnibusbau dürfte vielfach zur Anwendung der Schwermotoren führen. Die Betriebsleistungen müssen befördert sein, die Brennstoffkosten herabzusetzen und so die Wirtschaftlichkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Fahrzeuge gegenüber der Straßenbahn zu erhöhen. In Berlin und anderen Städten werden daher gegenwärtig Versuche mit diesen Motoren in praktischen Betrieben gemacht. Aber selbst wenn diese Versuche erfolgreich sein sollten, so darf wohl daran erinnert werden, daß billige Treibstoffe teurer werden, sobald ihr Anwendungsgebiet sich vergrößert und die Nachfrage steigt.

Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß Versuchsfahrten mit dem sogenannten Fahrdraht-Omnibus ausgeführt werden sollten. Inzwischen wurde auf der Straße Mettmann—Gruten in Westfalen der erste, modernen Anforderungen entsprechende, deutsche Fahrdraht-Omnibus in Betrieb genommen. Es handelt sich hierbei um ein Fahrzeug, das ebenfalls als Dreiaxler ausgebildet ist. Die von der A.G. gelieferte elektrische Ausrüstung besteht aus einem selbsttätigen Kardam-Motor von 121 PS (80 Kilowatt) der mit 1425 Umdrehungen in der Minute läuft und mit 750 Volt Spannung betrieben wird, nebst den dazu gehörigen Schaltern, Widerständen, Sicherungen und Stromabnehmern, sowie den Einrichtungen für Heizung und Beleuchtung. Die Fahrleitungsanlage lieferte ebenfalls die A.G., die Krupp A.G. Essen baute das Fahrgestell und die Waggonfabrik A.G. Uerdingen stellte den Wagenkasten. Auf der Automobil-Ausstellung wurden ebenfalls neue Typen von Fahrdraht-Omnibussen gezeigt. Tatsächlich handelt es sich bei allen diesen Fahrzeugen um ein altes Prinzip, das insbesondere von dem deutschen Ingenieur Schiemann verfolgt wurde, und dessen endgültige Einführung im wesentlichen durch die Mängel der fahrzeugtechnischen Ausrüstung verzögert wurde. Der Fahrdraht-Omnibus ist ein Mittelglied zwischen Straßenbahn und Omnibus. Er hat sich in den letzten Jahren vor allem in den kleineren und mittleren Städten Englands eingebürgert.

Auch um den Dampfomnibus ist es inzwischen wieder stiller geworden. An sich wäre die Dampfmaschine mit ihrer Betriebssicherheit und Überliefertbarkeit eine ideale Antriebsmaschine. Weiber ist es noch nicht möglich gewesen, eine Kesselfabrikation zu finden, die die Betriebssicherheit verbürgen könnte. Auf dem Gebiet des Omnibuswesens sind noch viele Probleme zu lösen, und dem Tätigkeitsbereich und der Erfindergabe unserer Techniker steht noch ein weites Feld offen.



in Zementmonument. In einer der großen Hallen der Ausstellung wird eine eigenartige Zementkonstruktion gezeigt: eine Wendeltreppe in der Form eines auf die Spitze gestellten Turmes, die völlig freitragend ausgeführt ist.

Tobsuchtsanfall im Badischen Beobachter?

Vom Bezirksverein Karlsruhe im Verbands der deutschen Buchdrucker wird uns geschrieben:

Einen Tobsuchtsanfall scheint der „Badische Beobachter“ bekommen zu haben. So kann man schließen, wenn man vorurteilslos seine Auslassungen liest, die er in seiner Nummer 117 dem Bezirksverein Karlsruhe im Buchdruckerverband resp. seinem bewährten Geschäftsführer widmete.

Schon die Ueberschriften: „Das gefährdete Monopol“, „Ein sozialistischer Gewerkschaftssekretär ruft den Landtag gegen den Badischen Beobachter“ zu Hilfe“ und als dritter Untertitel: „Roter Terror in einem katholischen Hause“, geben doch deutlich selbst zu, daß das kapitalistische Monopol gefährdet, also auf unheimlicher Grundlage aufgebaut ist.

Man fragt sich unwillkürlich: Warum denn? Weil das böse Gewissen schon in den ersten drei Wörtern die Wahrheit nicht verheimlichen kann.

Die zweite Ueberschrift ist eine glatte Unwahrheit, da kein Mensch auch nur das Geringste vom „B. B.“ will.

Ein Anfang der Ueberschrift besteht darin, weil von einem „roten“ Terror im „B. B.“ keine Rede sein kann, da eben keiner besteht und noch nie bestanden hat.

Man möchte jedoch in dem auf „katholischen Hause“ die Monopolstellung der Staatsaufträge nicht vermissen, an denen teilzuhaben bekanntlich jedem badischen Staatsbürger, sofern er die verfassungsmäßigen Belange wahr, das Recht zusteht. Der konstant, anstehend in späterer Stunde geborene Artikel selbst, neben dem dreiteiligen Unterstrich, läßt die Vermutung offen, daß keineswegs drei Mitarbeiter den Raum der kapitalistischen Weltanschauung auf sich haben dürfen. Es ist also nicht so, daß wir Angst vor Durchbrechung der gewerkschaftlichen Monopolstellung haben, wir verlangen nur das uns auf Grund des Gesetzes zustehende Recht, doch hat die Badenia A.G. Angst, daß ihr das schon seit Jahren zu Unrecht zuecommene Monopol der Herstellung der Druckbogen des Badischen Landtages, der bekanntlich nicht allein aus Angehörigen des „katholischen Hauses“ besteht, entzogen werden könnte.

Es war für uns ganz klar, daß die Badenia A.G. sich dagegen wehrt, die letzten Staatsaufträge entzogen zu werden; daß sie das aber mit solch demagogischen und teilweise frei erfundenen Behauptungen versucht, hätten wir von einem Organ, das eine religiöse Richtung vertritt, wohl niemals erwartet. Da müßten doch endlich den katholischen Arbeitern die Augen aufgehen und stimmen wir in einem Punkt mit dem „B. B.“ überein, daß man hier das Böse wolle und das Gute erreiche hat.

Das man dabei noch in echt kapitalistischer Art und in gewisser Verächtlichkeit unsere Geschäftsführer in Person zu vernachlässigen versucht, stellt die Höhe der unmaßvollen Behauptungen dieses Artikels der „christlichen Nächstenliebe“ dar.

Unser Geschäftsführer hat lediglich in unserem Auftrag seine Pflicht getan. Es ist eine alte Tatsache, daß, wenn der Gegner tödt, es das beste Zeichen dafür ist, daß der Gewerkschaftsführer sich auf dem richtigen Wege befindet. Nebenbei sei der Öffentlichkeit noch bemerkt, daß die in Frage stehende Petition von drei Verbänden unterzeichnet war und auch von diesen verantwortet werden wird.

Wie wäre es denn, wenn wir den Chefredakteur des „B. B.“, Herrn Th. Meier, in unseren Auslassungen in ähnlicher Weise herausstellen würden, da er sich schüßend vor die Direktion der Badenia A.G. stellt und nun auf einmal einen rein kapitalistischen Standpunkt vertritt, der ihm gar nicht zusteht?

Wir haben in unserer Petition mit keinem Wort den „B. B.“ kritisiert, sondern nur die Direktion, für die doch die Redaktion u. W. keine Verantwortung zu tragen hat.

Das Märchen, daß über den ersten christlichen Gewerkschaft über keine Aufnahme oder Nichtaufnahme in die Badenia A.G. abgestimmt wurde (die gleichen Unwahrheiten konnten vor einigen Jahren schon in dem Willigen der sog. katholischen Arbeiterzeitung vorkommen), unterzeichnet von dem bekannten Karlsruhe (B.), mußte geradezu förmlich an. Es handelte sich um einen durch die bekannten unterirdischen Kanäle eingestellten Mann, der unter offenkundiger Umgehung des tariflichen Arbeitsnachweises in der Badenia A.G. angestellt ist, wie das in treffender Weise unsere Petition auch heute an einem neuen Falle zeigen mußte.

Daß unser Geschäftsführer dem Direktor Wollmar anlässlich einer Arbeitsgerichtsverhandlung nachgeholfen sei, ist ebenso frei erfunden, wie das Märchen von dem freigeordneten Betriebsratsvorsitzenden, daß er „aus freien Stücken einen wesentlichen höheren Abbau der libertarischen Zulagen“ vorgeschlagen hätte. Wahr ist, daß er für die am Gründonnerstag (also vor dem heiligen Osterfest — doch wirklich gut christlich) gekündigten fünf Geheften auf sein mahnendes Wortstellungsverhalten bedeutende Verbesserungen hinsichtlich der Entlohnung erstellte.

Wegen der unmaßvollen Behauptungen über den angeblichen Buchhändler ist dem „B. B.“ bereits eine Verächtlichkeit auf Grund des § 11 des Presgesetzes vom Buchhändlerverband zugegangen. Das bewusste Hintertreiben der Vergeltung mit der Volksfreunddruckerei in Bezug auf Entlohnung geht uns im Grunde genommen gar nichts an (wir haben lediglich auf die Einhaltung der tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen zu achten), doch sei hierzu bemerkt, daß der tarifliche Lohnabbau — von einem libertarischen Mann gar keine Rede sein! — der Volksfreunddruckerei nicht konform geht mit dem der Badeniadruckerei. Wenn die Badeniadruckerei nicht in der Lage ist, das Gegenteil zu beweisen, muß sie wohl oder übel den Vorwurf der Lüge auf sich sitzen lassen.

Als Balsam möge noch dem „B. B.“ dienen, daß im „Volksfreund“ auch schon Zentrumsangehörige beschäftigt wurden und bis in die letzten Wochen hinein sogar ein gut katholisches Mitglied des Gefellenvereins, weil er bei seinen Glaubensgenossen keine Aufnahme fand.

Beseidnend für die heutige Direktion ist die Nichtbezahlung des vorjährigen Verfassungstages. Sie wurde mit der Motivierung abgelehnt, die Badenia sei kein Parteibetrieb. Wenn nun die Zentrumsfraktion des Badischen Landtages diesen Tag als gesetzlichen Feiertag mitbeschließt und mit dem bewussten Schmähartikel die Direktion der Badenia sich auf einmal hinter dem Parteibetrieb verstanen, hätte die Direktion nicht nur die moralische, sondern auch die tarifliche Pflicht, diesen Tag nachzusuchen und so lange zu entlohnen, bis er in Baden nicht mehr als gesetzlicher Feiertag betrachtet wird. Über reißt auch hier die Verfassungstreue nur bis zum Geldbeutel?

Die Volksfreunddruckerei war sich konsequent und hat diesen Tag voll dem Personal vergütet; ebenso verschiedene Druckereien bis zu vier Stunden. Das ist der Unterschied zwischen der Theorie der Zentrumsfraktion und der Praxis der Direktion der Badenia A.G. d. h. des Parteibetriebs.

Ueber die Ausbissarbeiter resp. Arbeiterinnen wollen wir lieber schweigen, sonst müßten wir schließlich noch das Gewerbeaufsichtsamt von dieser Art von Beschäftigung benachrichtigen.

Wir haben gar keine Ursache, den Vorwurf der Lüge von der Seite der Badenia A.G. ernst zu nehmen, bevor die Direktion nicht Stellung nimmt zu ihrer eigenen sog. Berichtigung in Nr. 212

des „Volksfreund“ vom vorigen Jahr und auf unseren Artikel mit der Ueberschrift „Terror in der Zentrumsdruckerei“ auf ihre Berichtigung in Nr. 217 des „Volksfreund“ wo doch wir Unwahrheiten der „Berichtigung“ der Badenia A.G. berichtigten mußten.

Der „B. B.“ scheint wohl an Einbildung zu leiden, wenn er glaubt, daß wir auf seine sonstigen unqualifizierten, eben Anstandes baren Auslassungen eingehen. Am richtigen Ort werden wir wohl verstehen, zu beweisen, was von uns in unserer Petition gesagt wurde.

Die ganzen wahrheitswidrigen Auslassungen des „B. B.“ stellen doch nur einen Hauf für die katholische Öffentlichkeit dar und eine offensichtliche Beeinflussung des Badischen Landtages.

Wir möchten nicht verpassen zu erwähnen, daß die diversen Verfasser des in Frage stehenden Artikels des „B. B.“ mit allen kramphatischen Anstrengungen versuchen, den unterzeichneten Verein als einen ausgeprägten sozialdemokratischen zu verächtigen. Mit ruhigem Gemüße können wir auch in diesem Falle sagen: Solange der „B. B.“ nicht nachweisen kann, daß der unterzeichnete Verein nicht streng nach seinen Statuten vermahnt wird, er sich wiederum den Vorwurf der Lüge gefallen lassen muß.

Daß die Direktion der Badenia A.G. genau auf den Mann das Zahlenverhältnis der Frei- und christlichen Organisierten kennt, ist 1. eine unbefriedigende Ermittlung in die privaten Verhältnisse der Unterzeichneten und

2. gibt sie damit selbst zu, wie interessiert sie sich um die Organisationsverhältnisse kümmert.

Den Gipfel der „christlichen Nächstenliebe“ erreicht doch der „B. B.“ darin, wo er den im Dienst erlauteten, jahresbetriebslang in der Badenia A.G. Beschäftigten, ihre Altersrente vorwirft, und zwar 5000.— M im Jahr, an Freizeitspenden. Wir glauben bisher, daß sie deshalb ihre Pension erhalten, wie das in vielen anderen Betrieben ebenfalls der Fall ist, weil sie teilweise ein Lebensalter lang Mitarbeiter waren und die Badenia zu dem gebracht haben, was sie heute ist. Wie heißt es doch in der Bibel: „Laß die rechte Hand nicht wissen, was die linke tut!“ Kommentar überflüssig.

Daß aber der so verdönte Verband der Deutschen Buchdrucker auch an Zentrumsangehörige und vor allem auch an Zehntausende von katholischen Mitgliedern jährlich Hunderttausende von Mark Unterstützung besaß hat und noch für alle Zukunft dasobin wird, geniert anscheinend den „B. B.“ nicht. Das wird mit aller Mühe den Lesern des „B. B.“ verschwiegen!

Aus dem angeführten Vergleichsschreiben des Lohnes der Beschäftigten in der Badenia A.G. geht hervor, daß uns unsere Ansicht über die „Amorantifizierung“ und den beschäftigten Lohnabbau in der Badenia recht gegeben hat. Die Freien sollen einen Durchschnittslohn von 58.— M beziehen. Die Christlichen dagegen nur 42.— M. Nun hat ja der „B. B.“ selbst unsere Vermutung dahingehend bestätigt, daß er nicht auf Grund seiner katholischen Anschauung nur Christliche beschäftigen möchte, sondern nur deshalb, um die Löhne zu drücken. „Jest ist's heraus!“ „Werte Euch das, ihr christliche Organisierten!“

Warum sich der „B. B.“ nun endlich erst unterm 29. April d. J. über unsere Petition äußert, wirkt doch eigentlich recht sonderbar. Seit 27. März d. J. ist der Chef der Zentrumsfraktion von unserer Beschwerde benachrichtigt und der Direktor Wollmar der Badenia A.G. schon seit langen Monaten. Gerade der letztere weiß sehr genau, daß wir uns auf die Dauer seinen Zumutungen nicht fügen werden. Es wird daher schon so sein, wie eine andere Zeitung behauptet, daß der „B. B.“ erst dann sich zum Wort meldete, als die andere Zeitung unsere Petition in der Öffentlichkeit besprach. Wäre das nicht eingetreten, so würden wir bestimmt annehmen zu können, daß unsere Petition, vielleicht auch auf Grund des Stärkeverhältnisses der Zentrumsfraktion, so hinten herum erledigt worden wäre. Hätte der „B. B.“ nur ein wenig Einsicht gehabt, wäre ihm schließlich manches erspart geblieben. So muß er die „Gefährdung“ seines Monopols sich wohl oder übel selbst zuschreiben.

Wir haben gar keine Veranlassung, in weiteren Ausführungen dem „B. B.“ gegenüber Redenshaft darüber abzulegen, was wir für recht und billig finden, doch läßt der überaus gereizte und ammaßende Ton des „B. B.“ auf mancherlei schließen. Wir werden unsere Rechte dort zu vertreten wissen, wo wir uns hingewandt haben, in dem festen Vertrauen, daß der Badische Landtag nur nach Recht und Gerechtigkeit handeln kann, zum mindesten nach dem Gerecht, das er selbst geschaffen hat und das ist die Badische Verfassung. Wie uns bekannt, wurde übrigens unsere Petition vom Geschäftsordnungsausschuß des Bad. Landtages bereits der Regierung zur Kenntnisnahme und Mitäußerung überwiesen.

Damit die breite Öffentlichkeit auch erfährt, was für ein Kapitalverbrechen wir begangen haben, soll der Schlußsatz unserer Petition im Wortlaut folgen:

Wir ersuchen nun dringend, der Badische Landtag möge dafür besorgt sein, daß die Bewegung und Koalitionsfreiheit (wir beziehen uns auf den Artikel 159 der Deutschen Reichsverfassung, der die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann gewährleistet, auf den § 17 Absatz 2 der Badischen Verfassung, auf das Betriebsratsgesetz und besonders auf den Deutschen Buchdruckerart, der ebenfalls unter Ausschaltung aller parteipolitischen und religiösen Gesichtspunkte die Regelung der Arbeitsverhältnisse vorschreibt) in der Druckerei Badenia wieder hergestellt wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so bitten wir in aller Form, daß der Druckerei Badenia solange keine Druckarbeiten des Staates, insbesondere des Badischen Landtages, übertragen werden, bis der gesetzliche Zustand wieder eingetreten ist, da wir uns in ganz Baden, gelindeweise denn in Karlsruhe in gar keiner Beziehung über einen auch nur ähnlichen Terror beschwert fühlen.

Wir sind alle badische Staatsangehörige, deutsche Reichsbürger und verlangen demnach gleiche Behandlung. Wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unser Recht zu wahren wissen und nicht dulden, daß durch solch unfaire Mittel die Arbeiterschaft in ewigwährender, katholische, jüdische oder gar freireligiöse Gruppen gesplittet wird, da wir schließlich die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen unserer Mitglieder bilden.

Im übrigen: „Gott behüten“ B. B.! Der Bezirksverein Karlsruhe im Buchdruckerverband wird auch für alle Zukunft verstehen, die Interessen seiner Mitglieder, unter denen sich erfreulicherweise auch Zentrumsangehörige befinden, zu vertreten wissen — und wenn es mit Hilfe des Badischen Landtages ist!

Wie wir aus einer uns soeben zugehenden Nummer der „Katholischen Volkszeitung“ vom 1. Mai d. J. entnehmen, hat der „B. B.“ soviel Interesse, dieselben Unwahrheiten seines eigenen Organs unter der Ueberschrift: „Eine tolle Sache“ — „Sozialistische Umarmung“ — „Und der Nazi hilft dabei“ — auch dorthin lanciert oder von ihm nachbetender Seite ausfinden lassen, in dem ganz offen von einem weltanschaulich eingestellten Parteibetrieb die Rede ist. Es scheint also, daß er unsere Petition nicht auf die letzte Schulter nimmt, wie er das in ironischer Weise in seinem Artikel glaubt, darstellen zu müssen, sondern daß es ihm sehr ernst ist um die Erhaltung seiner Monopolstellung bei Berechnung von Druckarbeiten des Badischen Landtages, denn nicht die Religion

ist in Gefahr, sondern lediglich der kapitalistische Geldsack, um den er kämpft. Wir möchten dabei auf die wissenschaftlich unwahren Anspielungen, daß wir Arm in Arm mit den Nazi marschieren würden, nur bemerken, daß uns das sehr kühl läßt. Wer weiß, ob diese Anspielungen nicht eines schönen Tages von ihm selbst in die Praxis umgesetzt werden.

Mit einem inneren Absehn erleben wir aus einem Artikel in Nr. 124 des „B. B.“, daß man sogar eine große Wallfahrt nach Bidesheim benutzt hat, um seinen Haß gegen seinen Nächsten, und das sind auch die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, zum Ausdruck zu bringen. Gleich hinter den Bestrebungen der Gollolenbewegung wurden auf diesem Wallfahrtsort die gewerkschaftlichen Verhältnisse in der Veranstaltung in Spradheim, S. S. Bezirkspräsident Professor Ulrich, Mannheim, auch nur eine Übung von den Kontrollmaßnahmen und der gegenseitigen „Ächtung“ der Mitarbeiter in der Badenia A.G. hätte, hätte er sich wohl etwas vornehmer ausgedrückt, doch können wir ihm darin recht geben, wo er gesagt hat: „Die Krönung der Reformarbeit an der Wirtschaft müsse das naturgemäße und selbstverständliche Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein, das nur in gegenseitiger Achtung und Wertschätzung und Zusammenarbeit bestehen kann.“

Es wäre für die Badenia A.G. wahrlich vorteilhafter, diese Worte zu beherzigen, als dazu beizutragen, daß eine abseitige Stätte, und das ist der Wallfahrtsort Bidesheim, mit unwahren Entschuldigungen entheiligt wird. „Höher gehts wohl kaum mehr!“

Erfreulich hat uns übrigens berührt, und das verdient hier festgesetzt zu werden, daß der „B. B.“ unserem Geschäftsführer eine volle Seite und dazu noch eine ganze Spalte von der zweiten Seite gewidmet hat. Derartige Ehrungen sind früher u. W. nur bei Kaisers- und Großherzogstagen vorgenommen worden, höchstensfalls auch noch, wenn ein geistlicher Würdenträger ein Fest begehen konnte. Daß uns aber der „B. B.“ soviel Ehre antut, hätten wir wahrlich nicht erwartet.

Bezirksverein Karlsruhe im Verbands der Deutschen Buchdrucker.

Siegesmarsch der Sozialversicherung

Trotz der reaktionären Hege in Deutschland Vormarsch in Amerika.

Wie aus dem Arbeitsberichte der American Association for Old Age Security (Amerikanische Vereinigung für Altersversicherung) hervorgeht, hat die Bewegung zur Einführung staatlicher Altersrenten im vergangenen Jahre einen überraschenden Aufschwung genommen. Die Bewegung hat unweifelhaft durch die Wirtschaftskrise einen starken Antrieb erfahren. Die Krise hat auch den bürgerlichen Schichten Amerikas die Notwendigkeit zur Anwendung und Milderung besonders krasser Lebensstände vor Augen geführt. Mit der Einführung einer Altersrente in drei weiteren Staaten ist die Zahl der amerikanischen Bundesstaaten, die in der einen oder anderen Form für den Schutz ihrer arbeitsunfähigen Alten Sorge tragen, auf insgesamt fünfzehn gestiegen.

Inzwischen hat die gesetzgebende Körperschaft des Bundesstaates West-Virginia ein Alters-Pensionsgesetz angenommen, das jetzt noch der Bestätigung durch den Staatsgouverneur harzt. Im Staate Oregon wurde eine parlamentarische Sonderkommission eingesetzt, die über den Status der betagten Bürger und Bürgerinnen berichten und Vorschläge für eine Pensionsvorlage ausarbeiten soll. Im Staate Colorado ist das bereits im Jahre 1927 patentierte Pensionsgesetz nach langen Verzögerungen endlich in Kraft getreten. Auch in den Staaten Delaware, Idaho, Minnesota und Wyoming sind neue Vorlagen angenommen oder die vorhandenen unzulänglichen Gesetze derart emendiert worden, daß bereits an die Ausschahlung der fälligen Pensionen gegangen werden konnte.

Nach langem Hin und Her erwartet man auch im Staate New Jersey bald eine betrieblidende Regelung, die den über 70 Jahre alten mittellosen Männern und Frauen im Staate einen täglichen Mindestzuschuß von einem Dollar sichern soll. Die Arbeiterorganisationen von New Jersey sind mit aller Energie bemüht, dem Jögern der bürgerlichen Politiker ein Ende zu machen und wenigstens diese, wenn auch magere Vorlage unter Dach und Fach zu bringen. In New York sind die fortschrittlichen Elemente ebenfalls um eine Verbesserung der staatlichen Altersgesetzgebung bemüht, die erst am 1. Januar 1931 nach vielen Verzögerungen in Kraft getreten ist.

Die Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn

Letzten Mittwochabend fand im Volkshaus Karlsruhe eine gut besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in der der Vorsitzende des Hauptbetriebsrates, Koll. Bullig-Berlin über die bevorstehende Betriebsratswahl sprach. Der Redner hob einmütig seine Rede hervor, daß die diesjährigen Betriebsratswahlen unter äußerst ungünstigen Verhältnissen stattfinden, nämlich im Zeichen des Lohnabbaus, der Feierlichkeiten und der allgemeinen Weltwirtschaftskrise. Im Jahre 1930 ist in Deutschland die Produktion um 30 Prozent zurückgegangen. Genau in demselben Verhältnis sinkt auch der Verkehr bei der Reichsbahn zurück. Die Zahl der Wagenkilometer verminderte sich um 3,5 Milliarden. Eine

Schleicherung von Kapital

müßig deshalb die von der Reichsregierung begünstigte Erbauung künstlicher Wasserstraßen genannt werden. Der Hauptbetriebsrat hat sich mit aller Energie dagegen gewandt, nicht weil wir gegen den Rationalisierung sind, sondern weil bei Rationalisation in der Zeit der Rationalisierung sehr wenig Arbeitskräfte benötigt werden und weil es Un Sinn ist, der Reichsbahn, die ihren vorhandenen Wagenpark zu einem großen Prozentsatz nicht ausnutzen kann, noch weitere Konkurrenz zu machen, da sie unter der Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs so schon schwer zu leiden hat. Nicht allein die in den letzten Jahren ungeheuer gemachte Anzahl der vorhandenen Kraftwagen und Motorräder bedeutet eine große Konkurrenz für die Reichsbahn, sondern auch die Tatsache, daß die Reichsbahn die Kosten ihrer Fahrpläne selbst zu tragen hat, während dies beim Kraftwagenverkehr nicht der Fall ist. Der Anfall an Ausbesserungsarbeiten ist seit 1926 um 50 Prozent zurückgegangen. Durch das System der Korruptionszulagen ist die Laufzeit der Lokomotiven zwischen den Reparaturen auf 400 000 Kilometer gestiegen worden und durch die

Rationalisierung

ist die Reparaturzeit einer Lokomotive seit 1913 von 130 Tagen auf 17 Tage im Jahre 1930 senkt worden.

Die Frage, ob die Rationalisierung bei der Reichsbahn hätte vermieden werden können, muß mit einem bestimmten Nein beantwortet werden, denn die allgemeinen Rationalisierungsmaßnahmen der Industrie konnten vor der Eisenbahnwertfälle nicht halt machen. Im Wagenpark der Reichsbahn stehen gegenwärtig 185 000 Güterwagen unbenutzt herum, das sind 25 bis 30 Prozent ihres Gesamtwagenparks. Infolge dieses gravierenden Rückganges des Verkehrs ist auch der Bedarf an Personal entsprechend zurückgegangen. Der Hauptbetriebsrat hat alle Sicherungen geschaffen für die Kollegen aus dem Betriebs- und Verkehrsdienst. Die Feierlichkeiten in den Werkstätten ließen sich leider nicht vermeiden. Der Wiederbedarf an Wagen und Lokomotiven ist in letzter Linie die Ursache der Feierlichkeiten. Es waren außerordentliche Schwierigkeiten, die der Hauptbetriebsrat und die übrigen Betriebsräte bei der Reichsbahn

Jakob Finkelstein g. m. b. H. Kohlen, Koks, Brikett, Holz Kaiserstr. 231 (Ecke Hirschstr.) = Fernsprecher Nr. 6275 =



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

8. Mai

1838 Charta in England. — 1873 Engl. Phil. John Stuart Mill. — 1880 Cuba befreit die Sklaverei. — 1919 Mordprozess Grafen v. Helldorf. — 1919 Nationalrat (Friedensbestimmungen). — 1922 Kaiser D. Abdolchah. — 1929 Litauen: Autokrat auf Woldemaras.

Tätigkeit der Verwaltungspolizei im Monat April 1931

Milchkontrolle

Im Monat April wurden 564 Kannen Milch geprüft und 162 Proben zur Untersuchung erhoben. Davon mußten 7 Proben als gewässert bis zu 20 Prozent, 5 als fettarm, 5 als schmutzig und 7 als sauer und deshalb minderwertig beanstandet werden. Sämtliche Beanstandungen fallen den Produzenten und den Sammlern auswärts zur Last. Die Kontrollen von 54 hiesigen Milchhändlern während der Verkaufszeit ihrer Kundenmilk ergaben in dieser Hinsicht keine Beanstandungen; dagegen ergaben die Kontrollen bei 43 Milchhändlern bezüglich der Reinlichkeit und der Aufbewahrung der Milch 6 Beanstandungen.

Kontrolle der Lebensmittelgeschäfte und Wirtschaften

Die Kontrollen von 200 Lebensmittelgeschäften, 15 Metzgereien und 25 Bäckereien ergaben 34 Beanstandungen wegen Nichtbeachtung der Schlacht- und Fleischbeschauordnung, insbesondere der Trichinenschau, des Weingeistes und der Säureverordnung.

In einem Geschäft mußte von auswärts eingeführtes Fleisch (2 Regenschädel) und bei einem Wirt 2 geschlachtete Ferkel beschlagnahmt werden, weil das Fleisch der amtlichen Fleischschau nicht unterstellt war.

Gegen einen Wirt mußte eingeschritten werden, weil er seine Wurstküche zugleich als Waschküche benutzte.

Bei einem weiteren Wirt mußte der Betrieb der Wirtschaftsstube beanstandet werden, weil es in der Küche außerst schmutzig herging, Speisen für die Gäste in einem verrotten Wärmelademeer aufbewahrt und verfallene Speise in alten Heringsbüchsen in der Küche vorgefunden wurden.

Von Lebens- und Genussmitteln wurden im ganzen 59 Proben zur Untersuchung gebracht. Davon wurden beanstandet: 1 Probe Butter, weil sie 24,52 Prozent Wasser enthielt; 5 Proben Süßwaren, weil sie von Würmern angefallen und vom Schimmelpilz befallen waren; 2 Proben Wein wegen falscher Deklaration; 2 Proben Eier, weil sie ohne Eier hergestellt waren; 1 Süßprobe, welche hochgradig in Faulnis übergegangen war; 1 Probe Hackfleisch, weil dazu verdorbenes Fleisch verwendet und um dem Fleisch ein frisches Aussehen zu geben, giftlich verbotenes, schwefelhaltiges, gesundheitsschädliches Salz zugesetzt war.

Gegen die betreffenden Gewerbetreibenden wurden Straf anzeigen wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgesetz an die Staatsanwaltschaft vorgelegt.

Verträge gegen gewerbliche und wirtschaftliche Gehehe

Ferner gelangten 57 Gewerbetreibende wegen anderer Zuwiderhandlungen gegen wirtschaftliche und gewerbliche Gehehe und Bestimmungen zur Anzeige. Darunter ein Metzger wegen unlauteren Wettbewerbs, weil er Kuhfleisch als Rindfleisch ausgezeichnet und verkauft hat. 9 Gewerbetreibende wegen Vergehens gegen die Arbeitszeitverordnung, 5 wegen unerlaubten Warenverkaufs am Sonntag, 8 wegen unerlaubter Sonntagsarbeit, 2 wegen unrichtiger Lehrlingsanstellung, 9 Bädermeister wegen Vergehens gegen das Nachtbadverbot, 7 Gewerbetreibende wegen Vergehens gegen das Weingeistgesetz, 2 Besitzer von Weinhandlungen, weil sie ohne Konzession in ihren Verkaufsläden Wein zum sofortigen Genuß an Ort und Stelle verkauften.

Professorenversammlung gegen die Gemeinde-Getränksteuer

Der Gastwirtverein Karlsruhe und Umgebung e. B. hatte sämtliche interessierten Körperschaften und Verbrauchertreue am Donnerstag in der Gastwirtschaft zu einer Versammlung eingeladen, um gegen die geplante Gemeinde-Getränksteuer zu protestieren. Die Versammlung gipfelte in dem Entschluß, die Steuer zu bekämpfen. Die Steuerordnung sieht den Gemeinden das Recht, bestimmte Steuern zur Deckung ihres Finanzbedarfs zu erheben. Dazu gehört auch die Getränkesteuer. Der eigentliche Zweck der übrigen schlecht beschafften Vermählung war insofern hinsichtlich gemindert, weil die Einführung einer Gemeinde-Getränksteuer in Karlsruhe zurzeit nicht geplant ist.

Herr K. N. D. E. L., der Vorsitzende des Karlsruhe Gastwirtvereins, befehligte sich sachlicher Ausführungen. Die Gemeinde-Getränksteuer ist für das Gastwirts-gewerbe nicht tragbar und eine Schwächung der betreffenden Gewerbetreibenden. In seiner Stellungnahme sei der Gastwirtsverein durchaus unpolitisch. An vier Stellen aller Industrien stehe das Gastwirts-gewerbe, das zwei Millionen Menschen Unterhalt gewährt und einen Jahresumsatz von 5,217 Milliarden Mark hat. Die Steuereinnahmen aus Wein, Bier usw. betragen rund zwei Milliarden Mark. Das Gastwirts-gewerbe sei schon zu stark mit Steuern belastet, die den Rückgang des Verbrauchs mit begünstigt haben. Auf ein Sekstolter Bier sind in Karlsruhe 17 Mark Steuern. Vor allen Dingen leben die Gastwirte die Verkaufserlöse der Steuer ab. Abzisa Prozent der Wirtse sind ruiniert. Die Wirtse sind im allgemeinen zu, die das Gastwirts-gewerbe erschaffen.

Gewerkschaftssekretär Dillmann vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten bekannte sich als Gegner der geplanten Getränkesteuer, die die Wirtschaftlichkeit des Gastwirts-gewerbes bedrohe. In der Diskussion benutzten zwei Karlsruher die Gelegenheit reichlich viel Vorwürfen zu erheben zu beabsichtigen. Ihre Gehehe war natürlich mit niedrigem Gehältern auf Sozialdemokraten und Zentrum gerichtet, die ja nach ihrer Ansicht an allem Schuld sind. Von den Nazis kann man auch nichts anderes erwarten, denn dumm zu reden ist ja bei ihnen die Hauptsache. Kurz nach 8 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Sozialdemokratische Partei Bezirk Altstadt

Am Mittwoch, den 6. Mai, sprach Genosse Stadtrat Koch in einer Mitgliederversammlung über das Thema „Die politische und ökonomische Lage der Arbeiterklasse“. Genosse Koch berichtete ausführlich über die derzeitigen Verhältnisse und stellt fest, daß augenblicklich die deutsch-österreichische Zollunion - die Situation be-

Hochwasser

Ansammlung von Wassermassen / Zwei Familien vom Hochwasser bedroht und von der Berufsfeuerwehr gerettet

In der Nacht zum Donnerstag und namentlich in den frühen Morgenstunden bis zum Nachmittag traten in der Landeshauptstadt ungewöhnlich heftige Regengüsse auf, teilweise in Begleitung von Wärmegewittern und Böen. Nachdem noch gelinder lichter, trockener Lenzwetter vorherrschte, setzte nachts plötzlich dichte Bewölkung ein, herbeigerufen durch das Zusammenstoßen von sehr warmen, feuchten Luftmassen aus Südeuropa und vorhandenen kühleren Nordostluftwellen.

Die wolkenbruchartigen Plafregen, die in Karlsruhe viele Stunden niedergingen, lieferten über 50 Millimeter Regenniederschlag, in manchen Hardtorten bis zu 80 Millimeter; solche hohen Niederschlagswerte sind in unserer Gegend sehr selten. Die Regengüsse dauerten bis zum späten Nachmittag mit großer Heftigkeit weiter an. Der Sturzregen war übrigens derart heftig, daß die Straßendohlen zeitweilig kaum die Abflauf führenden Wasserengen aufnehmen konnten; in den Gärten und Anlagen vermochte der Sandboden die riesigen Wassermassen nur sehr langsam zum Einsickern zu bringen; es entstanden größere Wasserflutungen, da und dort sogar kleinere Ueberschwemmungen und förmliche Seen dort, wo sich der Boden etwas neigte. Viele Gehwege in den städtischen Anlagen sind derart aufgeweicht und teils verschlammmt, daß sie geradezu bodenlos geworden sind.

In den Schrebergärten bei Rüppurr hat sich so viel Wasser angeammelt, daß ein Teil der Gärten und Wege vollständig unter Wasser steht. Verschiedene Pflanzen, wie Secklinge, Salat usw. sind vom Wasser überflutet.

Besonders heftig angeschwollen ist die sonst so harmlose Alb, wie auch aus den Berichten aus Etlingen zu ersehen ist. Beim Weierfeld hat sich die Alb zum reinsten See ausgebreitet, so daß der Verbindungsteg zwischen Weierfeld und Dammertock gesperrt werden mußte. Die Wasseransammlung ist derart stark, daß sich die Fluten ihren Weg durch die im Bau begriffene Betonbrücke bahnten. Die zum Bau verwendete Kollbahn und Wagen stehen tief im Wasser. Im Dammertock mußte aus verschiedenen Kellern der nahe Einbringling entfernt werden.

Auch draußen am Rhein, bei Maxau usw. kauten sich die Wassermassen und in den Niederungen und an den Waldböschungen sieht man die Stauungen in beträchtlichem Umfang. Auch die Rheinwälder, wie Kappenswört usw. zeigen weithin Wasseransammlungen, die leicht wieder zu größeren

Ueberschwemmungen führen können, zumal vom Oberrhein neues Steigen des Wassers gemeldet wird und der Rhein starken Zustrom von Nebenflüssen erhält.

Die Berufsfeuerwehr rettet bei Rüppurr zwei Familien

Am 7. ds. Mts., 14.48 Uhr, wurde die Berufsfeuerwehr nach einigen vorhergehenden Falschmeldungen mit der Meldung „Menschenleben in Gefahr“ nach den Gautenbruchwiesen zwischen Rüppurr und Scheibhardt Wald gerufen. Es waren dort infolge des plötzlich eintretenden Hochwassers zwei Familien, die Hühnerfarmbetrieb haben, in schwere Bedrängnis geraten. Zunächst wurde die Familie Terzer, aus 4 Personen bestehend, auf einem von der Feuerwehr an Ort und Stelle zusammengebauten Floß mit vier Ziegen nebst einem Hund nach und nach in Sicherheit gebracht. Schwieriger gestaltete sich die Rettung der Familie Gersbach, die aus 4 Erwachsenen und 3 Kindern bestand. Beim Versuch, die Mutter mit 2 kleinen Kindern im Alter von 9 Monaten und 2 Jahren mit einem zufällig an der Unfallstelle anwesenden Faddelboot zu retten, kam dieses infolge Ohnmachtsanfall der Frau zum Kentern. Unter eigener Lebensgefahr rettete der Oberfeuermanns-Anwärter Scherer die beiden kleinen Kinder und sofort darauf die Mutter, die umgehend nach dem Neuen Vinzenz-Krankenhaus gebracht wurden. Mit einem inzwischen aus dem Stadtpark herbeigeschickten Boot wurden die männlichen Mitglieder der Familie, darunter noch ein Kind von 5 Jahren, sowie 6 Ziegen und ein Hund geborgen. Das Wasser, das noch ständig im Steigen begriffen ist, hatte an vielen Stellen über zwei Meter Tiefe erreicht.

Zu Licht eines großen Zeiß-Scheinwerfers mußten die Rettungsalitionen der Berufsfeuerwehr durchgeführt werden. Es hat sich bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß die Karlsruher Feuerwehr auch für Hochwasser-Hilfeleistungen in Frage kommt und daher auch mit den notwendigen Hilfsmitteln ausgerüstet sein muß, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

Um 22.24 Uhr rückten die Fahrzeuge wieder in ihre Wachhäuser ein. W. L. K., Branddirektor.

Karlsruhe als Hafenstadt

Der Güterumschlag betrug:	1913	1477	556	Tonnen.
	1927	2139	171	Tonnen.
	1928	2168	895	Tonnen.
	1929	2333	221	Tonnen.

Die Bestrebungen, Karlsruhe dem Verkehr auf dem Rhein zu erschließen, reichen recht weit zurück. Bereits im Jahre 1862 wurde die von der Stadt Karlsruhe erbaute Maxaubahn in Betrieb genommen. Auch ließ damals die Stadt den Altheim bei Maxau ausbauen und als städtischen Rheinhafen herrichten. In ihm ist der Vorläufer unserer heutigen großen Hafenanlagen zu erblicken. Der städtische Rheinhafen wurde in den Jahren 1898 bis 1901 erbaut. Er ist durch einen 1900 Meter langen Kanal mit dem Rhein verbunden. Die damals recht bescheidenen Anlagen sind den späteren wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechend ausgebaut worden. Heute sind vier Heidenböden vorhanden, an welchen moderne Krane und neueste Verladeeinrichtungen errichtet sind. Die Stadt selbst verfügt über:

- 3 Werfthallen und 1 Getreidelagerhaus,
- 4 elektrische Krane mit einer Tragfähigkeit von je 2500 Kilo,
- 4 elektrische Krane mit einer Tragfähigkeit von je 4500 Kilo,
- 1 Dampfkrane mit einer Tragfähigkeit von 4000 Kilo,
- 1 Getreideausladevorrichtung mit einer mittleren Leistung von 60 Tonnen in der Stunde und
- 1 Getreideelevators mit 100 Tonnen Leistung in der Stunde.

Beim städtischen Hafenanlage sind 35 Beamte mit einem Anwärter und 121 ständige Arbeiter beschäftigt. Im Vorkriegsjahre für 1931/32 sind für Verzeichnis, Tilgung, Rücklagen (Kapitaldienst und Erneuerungsfonds) 235.120 M. eingestellt. Und darüber hinaus ein Ueberflus von 7380 M. In den Vorkriegsjahren der vergangenen Jahre war nie ein Ueberflus vorgekommen. Trotzdem wird man aber nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß auch das Hafenanlage mit andere städtische Betriebe recht ansehnliche Summen an die Hauptverwaltung abgibt hat. Doch das ist ja nicht das Wichtigste. Wichtig ist die große Bedeutung, die der Karlsruher Rheinhafen nicht bloß für Karlsruhe, sondern auch für Baden, Württemberg und auch Bayern in wirtschaftlicher Beziehung hat. Große, leistungsfähige Firmen haben sich am Karlsruher Rheinhafen angesiedelt, darunter Produktionsbetriebe, welche Verkehr haben.

Eine Zeitlang ist es, als müße das projektierte fünfte Hafenanlage beschleunigt in Angriff genommen werden, weil es an Wasserfront für Umschlagsbetriebe fehle. Der Rückgang der Wirtschaft hat die recht gute Entwicklung des Rheinhafens etwas ins Stocken gebracht. Die Leistungsfähigkeit können wir Karlsruhe mit Benutzung konstatieren, daß trotz des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges die aufstrebende Tendenz des Umschlagsverkehrs im Karlsruher Rheinhafen anhält. Nachfolgende Zahlen beweisen diese erfreuliche Feststellung:

Das bedeutet seit dem letzten Friedensjahre eine Steigerung um rund 60 Prozent. Für 1930 sind noch keine endgültigen Zahlen bekannt; es kann aber angenommen werden, daß kein Rückgang im Umschlagsverkehr einetreten ist. Von 2333 221 Tonnen Umschlag im Jahre 1929 wurden 466 737 Tonnen mit städtischen Krane und dem Elevator verladen. Bei der Zufuhr stehen Steinkohlen, Braunkohlen und Briketts an erster Stelle, bei der Abfuhr Holz und Bruchstein aller Art.

Ueber muß konstatiert werden, daß trotz höherem Umschlag im Karlsruher Rheinhafen weniger Arbeiter beschäftigt werden. Auch hier hat die Rationalisierung und Modernisierung der Verladeeinrichtungen geradezu überbeeren gewirkt. Riesige Mengen Güter werden mit einigen Handgriffen des Kranenführers ein- und ausgeladen. Das trifft insbesondere auf das Brenn- und Altheimmaterial zu. An Stelle des Sadrägers trat der Elevator, an Stelle des Kohlenarbeiters und Schippers der Kranen. Mit wenigen Menschen und recht viel Maschinenkraft wird die Arbeit bewältigt. So ist z. B. ein städtischer Kranen im Betrieb, der 60 Zentner Kohlen auf einmal hebt und vom Schiff aufs Lager oder direkt in den Eisenbahnwagen befördert. Das Hafengebiet ist dafür aber auch ein Großabnehmer beim städtischen Elektrizitätswerk. Im Jahre 1929 sind rund 4 Millionen Kwst. an Licht- und Kraftstrom verbraucht worden. Neben dem Güterverkehr hat auch die Personenbeförderung einen schönen Aufschwung genommen. Während im Jahre 1928 26 000 Personen befördert wurden, liegt diese Zahl auf 33 949 im Jahre 1929. So kann konstatiert werden daß sich der Karlsruher Rheinhafen in jeder Beziehung sehr gut entwickelt hat und zu einem bedeutenden Faktor heranwuchs. Die Stadt wird sich nicht mehr lange überlegen dürfen, wann sie an die Erweiterung des Stichkanals herantreten will. Hier tut unbedingt Eile not. Sind doch schon recht bedenkliche Verkehrsstörungen durch diesen Mangel eingetreten. Auch hier ist völlig deplaziert, wenn man fortgesetzt das Wort „später“ im Munde führt. Die Erweiterung des Stichkanals bringt Arbeit und damit Verdienbung der umgehenden Hilfsorgane. Also heraus mit einer Vorlage! Der Bürgerausschuss wird sicher nicht nein sagen! Die Erstellung des 5. Hafenanlegens kann noch zurückgestellt werden, bis die wirtschaftliche Depression im Abnehmen begriffen oder völlig verschwunden ist. Die Erweiterung der Hafenanlage ist aber aus betriebs- und wirtschaftlichen Gründen eine unbedingte Notwendigkeit. Karlsruhe wird davon große Vorteile haben. *le

herrsche, die die paneuropäische Entwicklung gestört habe. Innenpolitisch regiere zur Zeit Brüning mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes. Die beabsichtigten zollpolitischen Maßnahmen führen zur Katastrophe. Die Entwicklung der Weltproduktion habe die Arbeitslosigkeit verschuldet, unter der Deutschland besonders leide. Deutschland hat durch den Krieg die mühsam eroberte Weltmarktposition verloren. Eine große Gefahr für Europa bilde die wirtschaftliche Erstarkung Japans in Verbindung mit China. Wirtschaftspolitische Verhandlungen Europas, ja der ganzen Welt sei erforderlich. Die Führer der heutigen Wirtschaftsordnung verlangen Hilfe nicht nur die Einstellung der Produktion auf Bedarf, die Umgestaltung auf die sozialistische Bedarfswirtschaft. Wozur haben Stadt und Staat die Pflicht, durch Beschaffung von Arbeit Brot für möglichst viele Familien zu sichern. Wenn nötig über den Weg der Ankerbefehlswirtschaft Steuerwalds durch Lohn- und Gehaltsabbau die Wirtschaft in Gang zu bringen, hat fest-

geschlagen. Auf diesem Weg darf unter keinen Umständen weitergeschritten werden. Die erhöhte Produktionskraft muß durch Beförderung der Arbeitszeit ausgeglichen werden. Der lehrreiche Vortrag fand den Beifall der Versammlung.

(;) Tagung der Fleischbeschauer. Kommenden Sonntag, 10. Mai, findet im Börsensaal des Stadt. Schlachthofes hier der Verbandstag Bad. Fleischbeschauervereine, verbunden mit dem 25-jährigen Jubiläum des Verbandes, statt.

(;) Die Freize, das Symbol des Sommertages wird auch dieses Jahr durch eine Gruppe der Karlsruher Bäderleitung bei dem diesjährigen Sommerausflug vertreten sein. Sommerausflügen zur Befestigung an Stellen, die die Freude der Jugend bedeuten, sind laut Interim, am Samstag, in den Karlsruher Bädereien zum Preise von 10 Pf. zu haben.

Der Nazi als Spion

Der Reupfeller Nazi-Sturmführer Braak wurde, wie bereits mitgeteilt, als Polen-Spion verhaftet. Als Führer eines Sturms bewachte sich Braak in seiner Hitlerfärbung...

„Alle Margisten sind Verbrecher!“

Ausspruch des Naziabgeordneten Studentowski im Sächsischen Landtag.



Der Landesverräter Otto Braak, SA, Leiter der Nationalsozialistischen Partei in Reusettin, ist er auch Margist?

Untergegangene Nazigröße

Wieder eine Nazijäule geborsten!

Aus dem Oberland wird uns geschrieben: Im Amtsbezirk Vörrach, alwo der Weisen der Hitleranbeter insbesondere unter dem Vizebürgermeister...

steckte einige Tage zu Hause bleiben. Sie wurde von ihrem Vater telefonisch entschuldigt. Hierauf erhielt sie von Herrn Sublit nachfolgendes Schreiben, dessen Stil wir besonderer Beachtung empfehlen:

„Ich bin leider geschwungen gewesen, da sie unentschuldig fern blieb und sie das Schreiben an Herrn N.N. so schlecht schrieb, daß ich dieses von jemand anders schreiben lassen mußte, mit einer anderen Kraft zu suchen. Ich kündige hiermit unser Verhältnis ab 16. Januar 1931 auf. ges. Sublit.“

Das feinerzeitige Schreiben Ihrer Tochter haben wir Herrn Sublit zur Ordnung der Angelegenheit überandt. Die Gauleitung (gemeint ist Karlsruhe) hat Ihre Tochter nicht eingestellt und kann sich daher auch mit dieser Sache nicht befassen.

Deutschland erwache und winde dich aus diesem Sumpf! Insbesondere für deutsche Frauen und Mädchen, seid euch bewußt, zu welcher Rolle ihr herabsinken müßt, wenn das Salzkreuz steigt: nämlich Magd, Sklavin und Freiwild für Vurschen vom Schlage Sublit und Konjorin!

Partei-Nachrichten

Berankstaltungen finden statt: Sonntag, den 10. Mai: Kappelrodt, Amt Bühl: Mittags 3 Uhr spricht im „Rebstock“ Genosse Warrer Kappes...

Am Sonntag, 17. Mai finden im ganzen 3. Agitationsbezirk amtsbezirksweise Gemeindevertreterkonferenzen statt und zwar: Amtsbezirk Forstheim: Tagungsort: Forstheim, vormittags 9 Uhr in der „Klostermühle“...

Kein Ausruh'n -! Heute gilt kein Ausruh'n! der Kampf geht weiter, Ein jeder sei Werber, sei Werbeteiler! Meint ihr, wir zögern? Wir holen ihn ran: den zweiten, den dritten, den vierten Mann!

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe: Sterbefälle und Begräbnisse. 6. Mai: Margot Sved, geb. Schumacher, 22 Jahre alt. Ehefrau von Erwin Sved, Scheiner, Begräbnis am 9. Mai, 14 Uhr. - 7. Mai: Katharina Beder, 60 Jahre alt, Ehefrau von Johannes Beder, Tagelöhner. Begräbnis am 9. Mai, 11.30 Uhr. Franziska Bannemacher, geb. Metz, 52 Jahre alt, Ehefrau von Johann Bannemacher, Schudmachermeister (Au, Amt Reusettin).

Aus aller Welt

Präparat gegen Krebs? Der Daily Herald kann von einem großen Fortschritt in der Krebsforschung und Krebsheilung melden, der von einem jungen englischen medizinischen Wissenschaftler und einem holländischen Arzt erzielt wurde.



Ein Opfer der Wissenschaft Professor Dr. Guido Holzschel

Geständnis des Briefträgermörders Reins Genau, 7. Mai. Der gestern abend hier verhaftete Ernst Reins ist heute Vormittag in Gegenwart eines Vertreters des deutschen Generalkonsuls einem Verhör unterzogen worden und hat nach längerem Besinnen ein Geständnis abgelegt.

Geld gefunden. Seine beiden mit ihm geflüchteten Schwestern sind bereits einem vorläufigen Verhör unterzogen worden und sollen heute nachmittag weiter vernommen werden. Die Polizei teilt folgende Einzelheiten aus dem Geständnis des Mörders Reins mit: Er gab zu, zwei Tage vorher das Zimmer bei Frau Möbius zu diesem Zweck gemietet zu haben.

Der Prozeß gegen Aufhebung der Gefrierfleischfuhr

Vor dem Landgericht I in Berlin wurde der sogenannte Gefrierfleischprozeß verhandelt. Es handelt sich dabei um einen Millionenprozeß und zwar klagen der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg, der Reichsverband des Deutschen Einfuhr- und Großhandels mit Gefrierfleisch und der Verband Deutscher Kühlhäuser gegen das Reichsernährungsministerium. Eingeklagt wird zunächst ein Teilbetrag von 300 000 M. Die Forderungen gehen jedoch in die Millionen.

Zeppelin am Nordpol In München wurde der Vertrag über das Zusammentreffen des Luftschiffs „Graf Zeppelin“ und des Unterseebootes „Nautilus“ des Polarforschers Wilkins unterzeichnet. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ und das Wilkinsche U-Boot werden noch in diesem Sommer im Verlaufe ihrer gemeinsamen wissenschaftlichen Expedition in der Gegend des Nordpols zusammentreffen.

Das Erdbeben in Armenien Das Erdbeben in Armenien hat 390 Todesopfer und 7420 Verletzte gefordert. 51 Dörfer wurden zerstört und fast 6000 Stück Vieh sind umgekommen.

Sonnengebräunte Haut NIVEA - CREME oder aber NIVEA - ÖL

Für den Hausputz

Roßhaarbesen	1.30
Roßhaarhandfeger	0.95 0.85
Blocker rein Borsten	4.25 2.50
Mop mit Stiel	3.95 2.95
Staubwedel	0.65 0.35
Fensterleder	0.95 0.75
Putztücher	0.50 0.40 0.30
Klopfer	0.95 0.75
Teppichhandfeger	0.65
Cocosbesen	0.95 0.75
Cocoshandfeger	0.65 0.40
Scheuerbürsten im Karton mit Schrubber 5 teilig	0.95
Bürstengarnitur 3 teilig	0.50
Bodenwachs weiß und gelb	0.50

Wischtücher	4 Stück	0.50
Staubtücher	3 Stück	0.50
Küchentücher res. und geb.	3 Stück	0.95

Schmoller

Konzertsaal des neuen Studentenhauses
Dienstag, 12. Mai 1931, abends 8 Uhr
Lieder-Abend

Lotte Vogel

(Berlin)
Zugunsten des Karlsruher Studentendienstes e. V.
Am Flügel: Generalmusikdirektor Jos. Krips
Aus dem Programm: Brahms, Schubert und Schumann.
Karten zu Mark 1,- und 2,- in der Musikalienhandlung
und Konzertdirektion, Kaiser-Ecke Waldstraße, Tel. 385
Fritz Müller

GAGGENAU IM MURGTAL

bei Baden-Baden
Wörishofen in Baden
Kneipp'sche Wasserkuranstalt und physikalische
Therapie, Waldsee-, Luft- und Sonnenbad sowie
Wassertretstelle für Kneippplaner, verbunden mit
Sportplätzen und Tennisplätzen inmitten von staub-
freiem Wiesengelände und gutgepflegten Wäldern.
Bevorzugter Aufenthalt für Wanderer, Wochen-
endler, Kur- und Feriengäste / Billige Preise
Keine Kurtaxe Auskunft Verkehrsverein

Waldhaus „Zum Watzberg“, Ettlingen
idyllische Lage direkt am Waldesrand an
der Straße nach Herrnhald. Freundliche
Wirtschaftsräume, schöner Garten, ge-
räumliches Nebenzimmer. Gut gepflegte
Weine. — Ausschank des bekömmlichen
Kronenbräus Offenb. Aufmerksam
Bedienung. Mäßige Preise. Zum Besuche
ladet freundlichst ein **Emil Jehle**.

Sommer-sprossen

werden unter Garantie durch
VENUS Stkr. B. besel-
tigt. Preis 4.25
Drogerie C. Roth, Herrenstr.
26/28; Drogerie Th. Wals, Jollystr. 17;
Engel-Drogerie Apotheke H. Reichard,
Werderpl. 44; in Karlsruhe: Mühlb., Merkur-
Drog., W. Hofmeister. 1158

Speisezimmer

Wir haben an unserm
Lager 2 elegante Speise-
zimmer, welche noch
modern, jedoch nicht
mehr neuesten Stils
sind. Diese Zimmer
bestehen aus 1 Buffet
mit Vitriemaisatz,
1 Kredenz, 1 Tisch, 4
Lederstühle. Die Qua-
lität ist sehr gut. Das
eine ist dunkel, das
andere etwas heller
belegt. Wir bieten
diese Zimmer zum Prei-
se von 450,- RM. an.
Eine glänzende Gele-
genheit, sich ein gutes
Zimmer zu außerord-
wöhnlich niedr. Preise
zu kaufen. Ihr altes
Zimmer nehmen wir in
Zahlung. 3747

BUCHERER

in sämtlichen
Ortsteilen.
**Möbelhaus
Carl Baum & Co.**
Erbprinzenstr. 30
Kein Laden.
Ständiges Lager über
100 Zimmer u. Küchen
Teilzahlung



Touristenverein
„Die Naturfreunde“
Ortsgruppe Karlsruhe e. V.

Einladung
Sonntag, den 10. Mai 1931, 14 Uhr
Bootshaus-Einweihung
auf Rappenwört
Bootsaufahrt • Musik- und Gesangs-
vorträge • Bewirtschung am Platze
Samstag, den 9. Mai 1931, 20 Uhr
Begrüßung der auswärtigen Gäste im
Volkshaus, Schützenstraße 16.
Wir bitten unsere Mitglieder, Freunde und Gönner
um zahlreiche Beteiligung. Die Vereinsleitung

Einladung.
Am Sonntag, den 10. Mai — dem Mutterfest —
findet nachmittags 5 Uhr, im großen Saal der Fest-
halle ein

Festakt zu Ehren der Mutter
Ratt unter Mitwirkung der Feuerwehrtabelle, von Frau
Haberforn, Solistin am Bandtheater, Herrn Staats-
schauspieler U. v. Trent, dem Trio Wigandier und der
Tanzschule Vertens-veger. Wir laden die gesamte Ein-
wohnerschaft zur Teilnahme ein. Programme sind am
Salleingang erhältlich. Saalöffnung 1/5 Uhr. 3745
Der vorbereitende Ausschuß.

Plakare
in ein- und mehrfarbiger Herstel-
lung liefert schnell und preiswert
die Verlagsdruckerei Volksfreund
GmbH., Karlsruhe, Waldstraße 28

Todes-Anzeige.
Inertwaert rasch befristet am Witt-
woch nach 10 Uhr meine liebe Frau,
unser liebe Tochter und Schwester
Margot Speck,
geb. Schumacher
im Alter von 22 Jahren.
Karlsruhe, den 8. Mai 1931.
In tiefer Trauer:
Erwin Speck, 3757
Familie Karl Schumacher,
Familie Albert Speck.
Trauerhaus: Frühlingstr. 1a.
Beerdigung: Samstag 2 Uhr.

Nachruf.
Unsere langjährige Mitarbeiterin
und Kollegin
Frau Margot Speck,
geb. Schumacher
wurde im blühend. Alter von 22 Jahren
an unserer Seite gerufen. Die Ver-
storbene hat sich durch ihren fleißig
und ihre Tätigkeit unser Vertrauen
erworben und erweist sich bei ihren
Kolleginnen allgemeiner Liebe und
Wertigkeit.
Ihr Andenken wird bei uns un-
bergeffen sein.
Die Inhaber und die Belegschaft
der Firma
Wilhelm Blicher & Co., Karlsruhe
Kleberfabrik.

Matragen
neu u. unarbeiten bill
bei H. Kammerer, 21
Bürgerstr. 5.

Dirigent
von Arbeitergehilfen-
ein in der Nähe von
Karlsruhe gesucht.
Angeb. unter Nr. 1173
an den Volksfreund.

Trauerbriefe liefert schnell u. billig
Verlagsdruckerei
Volksfreund GmbH.

Festhalle
„Ein Abend bei Johann Strauß“
Johann Strauß
Pressstimmen:
London, Daily Chronicle: ... Kein Wunder,
daß die immense Queens Hall sieben-
mal ausverkauft war...
Turin, La Stampa: ... Ein genialer Orche-
sterdisziplin... Passender Beifall...
Amsterdam, Nig. Handelsbl.: ... vor ausser-
ordentlichem Concertgebouw starkem Beifall
basel, Basler Nachrichten: ... Das Publi-
kum rast... und wiederum loben die
Zuschauer...
wien, Neues Wiener Journal: ... Strauß
verstand es, das Publikum zu wehren
Beifallsorgien hinzureißen...
Den wirtschaftl. Verhältnissen angepaßte billige Eintrittspreise
Karten von M. 1.10 bis 3.- in der Musikalienhand-
lung und Konzertdirektion Kaiser-Ecke Waldstr.
FRITZ MÜLLER

Volksbühne Rastatt
Samstag, 9. Mai, abends 8 Uhr.
in der Karl-Franz-Halle
„Was Ihr wollt!“
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Aufführende: Frank. Künstlertheater.
Intend.: Fr. Rich. Werkhäuser.
Regie: Fr. Landstetel. Bühnen-
bild: Herm. Gowa. 1173
Eintritts-Preise Mitglieder 1.20 Mk.,
Jugendliche u. Erwerbslose 80
Pfg., Nichtmitglieder 1.00.
Vorverkauf: Fr. Hland, Blumenstr. 34;
Chr. Essig, Ludwig-Wilhelm-Straße 21.

St. Jakobs-Balsam
„Echter“ zu Mk. 3.—
von Apoth. C. Trautmann, Basel. Haus-
mittel ersten Ranges für alle wunden
Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand,
Hautleiden, Flechten, Wolf, Frostbeulen,
Sonnenbrand, Nachwunden zurück-
weisen. In den Apotheken zu haben.

Jetzt Kaiserstr. 193
Sonder-Angebot
K'marocain 100 cm
breit, in verschiedenen
Farben... per Meter RM. **3.20**
Große Auswahl
Georgette
Fuolard
Creme de chine
Mousline
neueste Muster
Arthur Baer
Kaiserstraße 193
Verkaufs-Räume 1 Treppe hoch
Ratenkaufabkommen 3754

Resi LICHTSPIELE
WALDSTRASSE 30
4.00 6.15 8.30
Heute u. fol-
gende Tage
Lupu Pick's letztes Künstler. Vermächtnis!
„Gassenhauer“
erwies sich bei seiner Premiere als ein sehr gut ge-
lungenes Experiment, alle Hauptrollen mit Nachwuchs-
darstellern zu besetzen. Ein Film, der allen und jedem
etwas zu sagen hat.

PA-LI
Palast-Lichtspiele
Herrenstraße 11
Telefon 2502
Ab heute das köstliche Tonfilm-Lustspiel:
Schneider Wibbel
nach dem bekannten Bühnenstück
von Hans Müller-Schlösser
Ein Lachschlager im wahren Sinne des Wortes
Ein munterer Quell heiteren Frohsinns!
Paul Henckels in der Titelrolle
der den kleinen verschmitzten Schneidermeister
schon über 300 mal auf der Bühne gespielt hat.
gestaltet auch im Tonfilm diese mit seltener
Meisterschaft 3759

SCHAUBURG
Marienstraße 16 Telefon 6284
Ab heute
der in technischer wie in künstlerischer Hinsicht
musterstüchtige 100%ige deutsche Tonfilm
Dreyfus
Der Dreyfus-Prozess ist das größte europäische Er-
eignis der Jahrhundertwende. Alle, die heute 60 sind,
kennen diesen seltsamen und ergregenden Justiz-
skandal, der von 1894 bis 1906 währte, noch aus
eigener Erfahrung. Nicht allein die französische
Nation wurde damals durch diese Affäre bis in ihre
Tiefen erschüttert. — Jener klassische, unvor-
hergesehene Justizirrtum ist zum histo-
rischen Menschheitsereignis geworden!
Die ganz große Besetzung:
Fritz Kortner, Grete Mosheim, Heinrich George, Albert
Bassermann, Fritz Rasp, Else Bassermann usw. usw.
Beiprogramm! 3751

Freibant Durlach.
Samstag vormittag ab 7 Uhr 1201
Schönes Kuhfleisch